

# Der Steinarbeiter

## Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephon 7200.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einseitige  
Pettzeile oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Pastliste eingetragen.

**Nr. 29.** **Sonnabend, den 18. Juli 1914.** **18. Jahrgang.**

### Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Gewerkschaftliche Taktik und Disziplin. I. — Die Invalidenkarte. — Stellungnahme zur Kunstkleidbranche. — Vom Schlachtfeld der Arbeit. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Versammlungs-Kalender. — Briefkasten. — Anzeigen.  
**Beilage:** Der Verbandsbeitrag. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913. — Vom Verbandsrat der Keramiker. — Angenommene Resolutionen auf dem Münchner Gewerkschafts-Kongress. — Steinbedarf. — Feuilleton: Steinmehrs Vergeltungsjahr. — Die Steinfiguren von S. Agustin.

### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperret sind:** Gehweiler: Sämtliche Betriebe. — Flonheim: Sämtliche Betriebe. — Ibbenbüren: Sämtliche Sandsteinbetriebe. — Hall: Die Betriebe der Firma Burre in Wittighausen und Schloßketten. — Mürker: Sämtliche Betriebe. — Kleinrinderfeld: Das Muschelkalkwerk Kiggl & Hesse. — Königsberg: Firma Bohumil Slama. — Coblenz: Längel: Firma Wilhelm Marx. — Halle a. S.: Sämtliche Betriebe.

**Aronach.** Im Granitwert der Firma Glösel & Weber wurden eine Anzahl Kollegen wegen Zugehörigkeit zum Steinarbeiter-Verbande gemahregelt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Wirzberg.** Der Streit bei der Firma Müller dauert fort. Die Firma will Arbeitswillige anwerben. Es muß alles aufgegeben werden, damit der Tarif zur Anerkennung gebracht wird.

**Lunzendorf (Kreis Neuzode).** Der Metallhüttenbetrieb der Schloßischen Hartsteinwerke ist wegen Maßregelung, betreffs Zugehörigkeit zum Steinarbeiterverband, gesperrt.

**Hirschberg (Schlesien).** Die Differenzen bei der Firma Exner dauern noch an. Die Kollegen werden gut tun, die Arbeitsangebote dieser Firma nicht zu beachten. Die Firma Stahlberg hat den Tarif unterzeichnet.

**Schretzberg (Niesengeb.).** Die Firma Liebig ist wegen Lohnreduzierungen gesperrt.

**Niederlände-Sauben.** Die Firma Brüggemann ist wegen Maßregelung der Tarifkommission gesperrt. — Die Firma Holzamer, Bauer & Co. hat die Mitglieder der Lokalverwaltung entlassen.

**Mühlhausen (Elb.).** Die für Mühlhausen angelegten Unterhandlungen sind gescheitert. Grund hierzu war, weil die Unternehmer als Vertreter des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes drei Streikbrecher herbeigeholt hatten.

**Wien.** Seit dem 4. Juni stehen die Steinmehrer der Bau- und Grabsteinbranche im Streit. In Betracht kommen 450 Streikende aus 60 Betrieben.

### Gewerkschaftliche Taktik und Disziplin.

I.  
Der Grundgedanke der deutschen Arbeiterbewegung wurde der Grundgedanke aufgefaßt, daß die möglichst umfassendste Einigkeit aller Arbeiter, ohne berufliche oder nationale Begrenzung, angestrebt werden müsse. Die Worte „Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!“ hatten für unsere Organisationen nicht bloß einen idealen Sinn, es lag für sie darin die Proklamierung der allgemeinen Arbeiterolidarität, der brüderlichen Kampfgenossenschaft aller Lohnsklaven, und in diesem Sinne hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihre Organisationsmethode stets aufgefaßt. Während in England, dem Mutterlande der Gewerkschaftsbewegung, eine gewerkschaftliche Arbeiteraristokratie der gelernter Berufe entstand, haben die deutschen Gewerkschaften genau das gleiche Gewicht auf die Organisation der ungelerten wie gelernter Arbeiter gelegt, die Gewerkschaften haben sich sogar teilweise in der Betonung und Wahrnehmung ihrer Pflichten gegenüber den schlechter entlohnten Arbeitern gegenseitig überboten, in der praktischen Erkenntnis der gleichen Interessen ist erst die Durchführung der deutschen Industrierverbandsorganisation möglich geworden. Unsere Gewerkschaften erstreben die Zusammenfassung aller Länder in ihren Reihen, und zwar in leistungsfähigen Verbänden. Die Entwicklung geht rasch vorwärts im Sinne des Zusammenfassens; sowohl die territoriale Vereinigung größerer Lohngebiete zu einheitlichen Verwaltungsstellen wie die Angliederung kleinerer, weniger leistungsfähiger Verbände an die größeren Bruderorganisation über den Industrierverband macht unaufhaltbar Fortschritte. Der berufliche Kastengeist tritt immer mehr zurück, die Notwendigkeiten und Bedürfnisse starker Kampforganisationen werden allgemein und in immer höherem Maße erkannt und gewürdigt. Es ist der beständige nachhaltige Einfluß des marxistischen Sozialismus, der der deutschen Gewerkschaftsentwicklung voranschreitete und wohl auch in Zukunft ihre Entwicklung beeinflussen wird.

Diese theoretische Einsicht, die innere Anpassung mit Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Organisation mit den lebendigen Interessen der großen Masse der Arbeiter, führt ganz von selber zu der Erkenntnis, daß die deutsche Arbeiterbewegung eine Klassenbewegung des Proletariats ist; die Klasseninteressen der Arbeiter und der Klassencharakter der Bewegung offenbaren sich deutlich in dem Streben der Gewerkschaften nach möglichst vollständiger Vereinigung aller Arbeiter in den zuständigen Organisationen, sowie an dem Widerstand, der diesen Organisationen und ihrer Tätigkeit vom Unternehmertum und seiner Presse entgegengestellt wird. Die gleichen Erscheinungen hat die englische Gewerkschaftsbewegung erst in sehr geringem Maße aufzuweisen.

So wie die deutschen Gewerkschaften ihre eigene Organisationsmethode besitzen, haben sie auch ihre eigene Methode der Aktion. Diese Methode erkennt nur den organisierten Kampf an, vorbereitet, inszeniert, geführt und unterstützt von der Gewerkschaft, die für die Wirkungen und Erscheinungen der von ihr geführten Kämpfe die Verantwortung übernimmt. Diese Verantwortung ist vielerlei Natur; wir wissen, daß sich aus diesem Kapitel zeitweilig starke Meinungsverschiedenheiten innerhalb der eigenen Reihen ergeben können. In diesem Punkt steht der Streit um die gewerkschaftliche Verfassung ein, hier ergeben sich die meisten Gegensätze zwischen der demokratischen und „bureaucratischen“ Verwaltungsform; die Gegensätze zentraler und lokaler Art, die „Macht der Führer“, das „Selbstbestimmungsrecht der Massen“ usw. werden von dem Gesichtspunkt aus betrachtet und geprüft, inwieweit die Gewerkschaft als Ganzes neben oder über den lokalen Ereignissen und Interessen zu stehen hat und insbesondere welche Personen oder Körperschaften als Träger und Vollstrecker des Willens der Gesamtheit zu gelten haben und als solche zu respektieren sind.

Mit der Entwicklung der Aktionsmethode der deutschen Gewerkschaften wie auch mit einer den heutigen Machtverhältnissen der Unternehmerorganisation Rechnung tragenden Taktik, die bei unsern modernen Wirtschaftskämpfen eine ausschlaggebende Rolle spielt, stimmt es nicht überein, wenn auch heute noch die Ansicht vertreten wird, daß den einzelnen Mitgliedschaften oder Branchen großer Arbeiterverbände das unbedingte Streikrecht gewährt werden müsse, daß ein solches Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder ein Gebot der Demokratie sei. Bei den kleinen lokalen Streiks, die die Interessen der Gesamtheit nur mittelbar berühren, ist die Verständigung zwischen den Streitenden und ihrer Organisationsleitung noch stets gefunden worden, ohne daß die Öffentlichkeit auf besondere Unstimmigkeiten in den Organisationen aufmerksam geworden wäre. Erst die infolge der Entwicklung der Unternehmerverbände Maß greifende Taktik der großen, ganze Industrien und Landesteile, aber gar das ganze Reich umfassenden Arbeitskämpfe, die Aussperrungen in der Metall-, Textil- und andern Industrien, die Tarifkämpfe im Bau-, Holz-, Maler- und Schneidergewerbe usw. haben die Gewerkschaften vor Aufgaben gestellt, die mit der Durchführung der einzelnen Bewegung besondere Nachwirkungen hinterließen. Sobald jedoch ein solcher Kampf, wie der im verflochtenen Jahre auf den Schiffswerken, einen offenen Gegensatz zwischen den beteiligten Arbeitern und deren Organisationsleitungen bloßlegt, wird die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Verfassungsreformen mit großer Intensität betont und dabei recht häufig das Kind mit dem Bade ausgeschüttet.

Die eine Tatsache liegt klar zutage, daß bei dem heutigen Organisationsstand in beiden Lagern der Lohnkampf wesentlich andere Formen gegen früher angenommen hat. Mit dem zielbewußten Auftreten der Arbeiterverbände in diesen Kämpfen verhalten sich die Unternehmerorganisationen gleichen Schritt zu halten, das Klassenbewußtsein in deren Reihen hat sich in kurzer Zeit riesig herausgebildet, die Unternehmer haben ihre Organisationen in Form und Inhalt ihren Klassenbedürfnissen angepaßt und je mehr sich ihre Macht erweiterte, haben sie ihre Taktik von der Abwehr zum Angriff umgeändert. Der von der modernen Unternehmerorganisation proklamierte Angriff verfolgt in erster Linie das Ziel der Vernichtung der Arbeiterorganisation und der Unterbindung jeder zukünftigen Organisationsmöglichkeit durch Schaffung und Förderung gegnerischer Organisationen, die eine fernere Einigkeit der Arbeiter dauernd verhindern sollen. Dieses Ziel steht den Unternehmern heute viel höher als die bloße Abwehr etwaiger Lohnansprüche, die von den Arbeitern erhoben und von ihren Verbänden vertreten werden. Derartige Kämpfe sind in fast keinem Falle mehr eine lokale oder interne Angelegenheit der direkt beteiligten Arbeiter, der Schlag ist berechnet und wird geführt gegen die Gewerkschaft als Ganzes. Die Unternehmer konzentrieren ihre ganze Macht auf einen Punkt und sprechen nicht davor zurück, für die Durchsetzung des für den Einzelfall beschlossenen Programms ihre Gesamtorganisation in der umfassendsten Weise zu engagieren. Gering an Personenzahl, reich an Mitteln, ausgerüstet mit der genauesten Übersicht über die gesamte Markt- und Wirtschaftslage, rücksichtslos und unbeschränkt in der Verfügung über Landende von Erzeugnissen, frei von Gefühlsregungen und von der Stimmung der Arbeitermassen, auf welche die Gewerkschaften bei ihren Gegenmaßnahmen angewiesen sind, treffen die Unternehmer ihre Kampfsvorbereitungen, die nur selten und sehr schwer von den im speziellen Falle beteiligten Arbeitern in vollem Umfange gewürdigt werden können. Es sind eben bei solchen Vorgängen zweierlei Dinge zu unterscheiden: das materielle Interesse der in Frage kommenden Arbeiter in

bezug auf ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen; und das organisatorische Interesse der Gewerkschaft, sich bei dem Kampfe mit der Unternehmerorganisation nicht kampflos sehen zu lassen. Das eine hängt unzertrennlich mit dem andern zusammen: erleidet die Gewerkschaft eine Niederlage, werden die Löhne verschlechtert, auch verlieren die zurückgeschlagenen Kämpfer gar zu oft das Vertrauen zu ihrer Organisation und lassen diese im Stich. Die einseitige Erkenntnis der obwaltenden Sachlage sollte uns also dahin führen, das Interesse und die Rechte der Arbeiter nicht in einen Gegensatz zur Organisationsleitung zu bringen, sondern diese beiden Faktoren immer enger aneinanderzuschließen.

Für die Führung solcher Kämpfe, ihre Vorbereitung und Inszenierung ist daher in jedem Falle das Haupterfordernis, daß Leitung und Mitglieder vertrauensvoll Hand in Hand arbeiten. Die durch das Vertrauen der Berufskollegen auf ihren Führerposten gestellten Personen müssen sich in erster Linie bemühen, welche große Verantwortung auf ihren Schultern ruht.

Bei dem heutigen Stand der Dinge sind die zur Kampfzeiten von der lokalen Mitgliedschaft unternommenen Maßnahmen durchaus keine rein örtlichen Angelegenheiten, sie berühren vielmehr die Interessen vieler anderer Mitgliedschaften weiter Bezirke oder des ganzen Reiches und ziehen diese in Mitleidenschaft. Nicht nur andere Mitgliedschaften der engeren Organisation, nicht nur deren allgemeine Kampfmittel werden durch das Vorgehen kleinerer Gruppen in Anspruch genommen, sondern auch andere Organisationsformen. Eine Widerheit könnte demnach das Selbstbestimmungsrecht großer Kreise der eigenen und anderer Gewerkschaften einfach aufheben, wenn ihr das Entscheidungsrecht in solchen Fällen zustände. Das wäre aber keine Demokratie mehr, das wäre Anarchie.

### Die Invalidenkarte.

Sowohl nach dem früheren Invalidenversicherungsgesetz wie auch nach der Reichsversicherungsordnung darf niemand eine Invalidenkarte wider den Willen des Inhabers zurückbehalten. Dies gilt aber nicht für die zurückhaltenden Stellen, wenn sie die Karten zu Zwecken des Umlaufes, der Berechtigung, Aufrechnung, Uebertragung, Beitragsüberwachung oder beim Einzugsverfahren zurückbehalten. Der Karten dieser Vorrichtung wiederum zurückbehaltend, ist dem Berechtigten für alle Nachteile hieraus verantwortlich. Nach dem § 1425 der Reichsversicherungsordnung soll die Polizeibehörde demjenigen, der die Karte widerrechtlich zurückbehält, dieselbe abnehmen und dem Berechtigten ausändigen. Eine gesetzliche Verpflichtung, dem Unternehmer die Karte ausändigen, besteht nicht, nach § 1414 kann er nur die Karte zum Einleihen der Karten beantragen. Nun hat sich die Frage, wonach der Unternehmer die Karte beim Eintritt der Beschäftigung dem Arbeiter abberlangt, fast allgemein eingebürgert. Dem steht natürlich gesetzlich nichts im Wege, nur muß der Unternehmer auf Verlangen des Versicherten die Karte jederzeit herausgeben. Die Rückgabe soll nur während der Geschäftsstunden erfolgen können. Darüber, ob z. B. eine portofreie Ueberführung der Invalidenkarte nach einem andern Ort verlangt werden kann, geht die Literatur und Rechtsprechung auseinander. Das Reichsversicherungsamt hat sich im Jahre 1900 dahingehend ausgesprochen, daß der Unternehmer dem Versicherten, und selbst dem Kontraktberechtigten, die Karte auf Verlangen unfrankiert nachsenden müsse. Dahingegen hat das Oberlandesgericht Oldenburg entschieden, daß der Unternehmer zur Ueberführung der Karte nicht verpflichtet sei. Ausdrücklich soll aber hervorgehoben werden, daß, wenn der Arbeiter die Karte verlangt, die Herausgabe jedoch verweigert wird, der Unternehmer dann erstens nach § 1400 der R.-V.-O. mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit Haft bestraft werden kann, zweitens der Arbeiter den Unternehmer für den ihm durch die Vorenthaltung der Karte entstehenden Schaden haftbar machen kann und drittens die Polizei die gewöhnlichen Zwangsmittel gegen den Unternehmer anwenden kann, um die Karte von ihm herauszuholen. Nach alledem muß der Versicherte in jedem Falle bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Karte verlangen. Gelingt dies nicht, dann soll nach einem preussischen Ministerialerlaß vom Jahre 1903 eine Verpflichtung der Ortspolizeibehörden, die Invalidenkarten Kontraktberechtigter Versicherten dem früheren Arbeitgeber, der zur Rückgabe bereit ist, abzuverlangen und sie dem Versicherten nachzusenden, nicht bestehen. Dem also nur die Karte widerrechtlich, d. h. nachdem er sie verlangt hat, vorenthalten wird, der mende sich wegen der Herausgabe derselben sofort an die Polizeibehörde und sofern ihm infolge der Einbehaltung der Karte Lohnausfall erwachsen ist, reiche er Klage beim Gewerbegericht oder, wo ein solches nicht besteht, beim Amtsgericht ein.

Nach dem § 1410 der R.-V.-O. bestimmt die oberste Verwaltungsbehörde (das Ministerium des betr. Bundesstaates) die Stellen, welche die Karten ausstellen und umzutauschen haben. Unterm 20. November 1911 hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe eine Anweisung für die Invalidenkarten-Ausgabe erlassen, aus der der Absatz 4, Ziffer 32 hervorgehoben werden soll. Derselbe lautet: „Fehlt einem Versicherten die Karte, weil sein Arbeitgeber die bisherige noch verwendbare Karte widerrechtlich einbehalten hat, so ist eine neue Karte mit der auf die Nummer der zurückgehaltenen Karte folgenden Nummer auszustellen und durch Vermittlung der zuständigen Polizeibehörde dem Arbeitgeber die alte Karte abzunehmen und seine Befragung auf Grund des § 1400, Ziffer 3 der R.-V.-O. herbeizuführen. Die abgenommene Karte ist wie eine zum Umlauf verlegte zu behandeln. Fehlt einem Versicherten die Karte, weil er es unterlassen hat, sie sich von dem früheren Arbeitgeber zurückgeben zu lassen, obwohl dieser zur Ausändigen bereit ist, so hat die Anwartsstelle auf den Versicherten einzumirken, daß er die Karte im eigenen Interesse beschafft. Dieser Erwartung kann in geeigneten Fällen (z. B. bei Kontraktbrüchen Versicherten) von der Ortspolizeibehörde durch Androhung und Verhängung von Geldstrafen bis zu 10 Mk. Nachdruck verschafft werden. Auch kann die Anwartsstelle die Karte auf Kosten des Versicherten beschaffen.“ Um sich

nach diesen Bestimmungen nicht noch Strafe zuzuziehen, ist wiederum dringend anzuraten, die Karte bei Lösung des Arbeitsverhältnisses vom Unternehmer zu verlangen.

In allen Fällen haben die Unternehmer die Karte aber nicht in Verwahrung. Nach dem § 1455 der R.-V.-D. kann die oberste Verwaltungsbehörde nämlich anordnen, daß Krankenkassen, Knappschaftsvereine oder Knappschaftskassen oder örtliche Behörden der Versicherungsanstalten die Quittungsarten ausstellen und umtauschen. Nach der erwähnten Anweisung für die Quittungsarten-Ausgabe hat der preussische Minister für Handel und Gewerbe angeordnet, daß diese Bestimmungen vom 1. Januar 1914 ab Geltung haben soll. In Sachsen, der Rheinprovinz usw. war bisher schon den Krankenkassen die Ausstellung und der Umtausch der Quittungsarten übertragen. Uebrigens, wo diese Neuordnung nun Platz gegriffen hat oder noch greift, da muß beim Ortswechsel die Karte nicht vom Unternehmer, sondern von der Krankenkasse oder Behörde der Versicherungsanstalt verlangt werden. Bei allen mit der Ausstellung, dem Umtausch, der Erneuerung und der Verichtigung von Karten zusammenhängenden Geschäften ist darauf zu achten, daß dem Versicherten wiederholte zeitaufwendende Gänge und sonstige Weiterungen erspart bleiben. Auch dürfen den Arbeitgebern und den Versicherten im Verkehr mit der Ausgabebehörde Portokosten nicht entstehen.

Pflicht der Versicherten ist es, die über zum Umtausch gelangte Karten erhaltenen Nachrechnungsbescheinigungen sorgfältig aufzuheben. Sollten dennoch solche Bescheinigungen verloren gehen, so erhält man von derjenigen Versicherungsanstalt, in deren Bezirk die erste Karte ausgestellt worden ist, ein Duplikat unentgeltlich ausgestellt. In die Aufrechnungsbescheinigungen werden auch Militärdienstzeiten und Krankheitszeiten mit eingetragen.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß der Versicherte nach § 1415 der R.-V.-D. auf seine Kosten stets eine neue Karte gegen Rückgabe der alten verlangen kann. Die Kosten dafür sind allgemein auf 5 Pfg. für jede Karte festgesetzt. Enthält die Karte jedoch schon 10 Karten, dann werden nach der preussischen Anweisung die 5 Pfg. nicht erhoben. Die Versicherten mögen nun die vorstehenden Ausführungen in ihrem eigenen Interesse beachten, zumal man ohne Karte schwerlich Arbeit erhält und eine Klage auf Schadenersatz wegen angeblicher Veruntreuung der Karte dann aussichtslos ist, wenn man nicht die gesetzlichen Vorschriften beachtet hat. Entsteht also Streitigkeiten über die Herausgabe der Karte, so wende man sich sofort an die Polizeibehörde, handelt es sich um Schadenersatzansprüche wegen Veruntreuung der Karte, so kommen hierbei die Gewerbe- bzw. Amtsgerichte in Betracht, entstehen aber Disziplinen über die Beitragsleistung, so werden diese vom Versicherungsamt in letzter Instanz geregelt.

## Stellungnahme zur Kunststeinbranche.

Die Konferenz der Kunststein- und Betonarbeiter fand am 5. Juli in Bochum statt. Vertreten waren die Zahlstellen Bochum, Arefeld, Köln I, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Gelsenkirchen, Kupferdreh, Münster und Witten mit insgesamt 16 Delegierten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Bureau gewählt, und zwar als 1. Vorsitzender R. M. n t e r m a n n - Düsseldorf, 2. Vorsitzender S. h o r t l a u - Bochum, Schriftführer M. B e u t l e r - Elberfeld. Gauleiter Herrmann machte nun die Tagesordnung bekannt. Selbige lautete: 1. Punkt: Aussprache über die Verarbeitung von Kunststein und Beton; 2. Punkt: Stellungnahme zur Essener Resolution vom 23. November 1913; 3. Punkt: Verschiedenes.

In der Einleitung führte Kollege Herrmann aus, daß die Entwicklung des Kunststeins unaufhaltbar vorwärtsgelange und den Naturstein stark zurückdränge. An einigen Beispielen bewies er dieses.

Bei der eintretenden lebhaften Debatte, in welcher verschiedene Redner den Kunststein überhaupt bekämpften, trat jedoch die Meinung zutage, daß diese Entwicklung nicht aufzuhalten sei und man den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Die Resolution der Distriktskonferenz in Essen vom 23. November 1913 stand mit zur Debatte. Diese lautet:

1. Wenn organisierte Kollegen Kunststein- oder Betonarbeiten selbständig übernehmen, so haben sie die Arbeiten nach einer von der Zahlstellenverwaltung festgelegten Akkordvereinbarung zu übernehmen.

Sie haben weiter dahin einzuwilligen, daß die Arbeiten in Kommune, also gemeinschaftlich auszuführen sind.

2. Die Zahlstellenverwaltung hat weiter in Erwägung zu ziehen, ob es nicht anzuraten ist, mit den Unternehmern am Orte eine Richtlinie für Kunststeinarbeiten festzulegen, wonach Mindestlohn oder ein Akkordtarif vereinbart wird.

3. In den Kunststeinbetrieben soll die Arbeitszeit nicht länger sein, als wie in den anderen am Orte befindlichen Steinmetzbetrieben.

Anschließend an diesen Beschluß entspann sich eine lebhafteste Diskussion. Verschiedene Redner waren Gegner der gemeinschaftlichen Arbeitsübernahme und wünschten einen einheitlichen Stundenlohn, besonders im westlichen Gebiet, wie Gelsenkirchen, Bochum, Essen usw., haben die Kollegen mit der unlauteren Konkurrenz der Christlichen und Schwarzen zu rechnen. Diese Leute werfen unsern Kollegen Knüttel zwischen die Beine und unterziehen sich bei der Arbeitsübernahme. Von dem Kölner Delegierten wurden wertvolle Anregungen gegeben, dort herrscht nach den Ausführungen des Delegierten strenge Durchführung der Konferenzbeschlüsse. Unlautere Elemente werden energigisch ausgeschaltet. Den Delegierten wurde Köln als nachschmerzhaftes Beispiel empfohlen. Darauf einigte man sich auf folgende von Kollegen H e r m a n n - Köln verfaßte Resolution:

1. Der Essener Beschluß wird dahin abgeändert, daß es den organisierten Kollegen freigelegt wird, Beton- oder Kunststeinarbeiten selbständig zu übernehmen. Falls von den Unternehmern die Anmeldung zur Unfall- und Krankenversicherung gewünscht wird, hat der die Arbeiten übernehmende Kollege die Anmeldung zu bewerkstelligen.

2. Der organisierte Kollege hat dahin einzuwilligen, daß die Arbeiten dann gemeinschaftlich auszuführen sind. Bei der Übernahme derartiger Arbeiten, die vornehmlich nicht von einem einzelnen Kollegen ausgeführt werden können, hat der zur Hilfeleistung herangezogene Kollege seine Zustimmung zur Ausführung der betreffenden Arbeit zu dem festgesetzten Preise zu geben.

3. Die die Arbeit ausführenden Kollegen willigen weiter darin ein, daß unter 5 Proz. des verdienten Lohnes zur Auszahlung gelangen.

4. Der Rest des Lohnes wird nach Fertigstellung der Arbeit, nach Abzug der Steuern an die Kollegen gleichmäßig verteilt.

5. Sollten unvorhergesehene Hindernisse, wie Zerstörung des Fasses durch den Bauherrn oder Verunreinigung der vereinbarten Beschaffenheit, auftreten, dann haben die Kollegen den Verlust gleichmäßig zu tragen.

6. Die Kalkulation und die Übernahme der Arbeiten hat so zu erfolgen, daß ein Stundenlohn von mindestens 90 Pfg. zu erzielen ist. Als wünschenswert wird weiter angeregt, daß, soweit dies möglich ist, in jedem Orte ein fester Satz für den Quadratmeter glatte Arbeit, sowie ein Preis für Profil- und Deckenarbeit von der Versammlung festgesetzt wird. Die Festlegung wird dann dem Architekten bzw. Bauunternehmer usw. mitgeteilt. Als Selbstverständlichkeit gilt, daß der Stundenlohn der Kunststeinmetzen mindestens um 10 Pfg. höher ist, als wie der am Orte festgesetzte Lohn.

7. Weigert sich ein organisierter Kollege, auf der Grundlage der vorstehenden Bedingungen Arbeiten zu übernehmen, dann hat er, falls er doch selbständige Arbeiten übernimmt, aus der Organisation auszuschließen.

Diese Resolution wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Die nächste Konferenz wird die praktische Bedeutung der jetzigen Resolution übersehen können. Im 3. Punkt Verschiedenes wurden verschiedene Mißstände der Kunststeinwerkstätten zur Sprache gebracht. Die Werkstätten befinden sich in schlechter Verfassung, es wird versucht, den Kollegen eine zehn- und elfstündige Arbeitszeit aufzuhallen. Es liegt an den Kollegen selbst, wenn solche Mißstände platzgreifen, energigisch dagegen einzuschreiten. Der Essener Delegierte wies besonders auf die Bundesratsverordnung hin. Selbige soll, wenn möglich, auch auf die Kunststeinbetriebe angewandt werden, da die Verarbeitung desselben ebenfalls gesundheitsgefährlich ist. Gauleiter Herrmann führte aus, daß er schon mehrmals Schritte in dieser Hinsicht an die erforderlichen Instanzen unternommen hätte, leider vorläufig mit negativem Resultat. Was uns aber nicht hindern soll, weiter darauf zu dringen.

Zum Schluß wurde noch die Anregung gegeben, durch eine kräftige Agitation in jeder Weise die Hilfsarbeiter unserem Verbands zuzuführen. In seinem Schlußwort erwähnte Kollege Herrmann zur strikten Durchführung der gefaßten Beschlüsse. Ferner sprach er seinen Dank für die rege Mitarbeit aus.

## Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Die Unfallgefahr in Zahlen ausgedrückt finden wir in einer Tabelle im „Reichsarbeitsblatt“. Danach kommen auf 1000 Volksgenossen folgende Unfallzahlen:

	1912	1911
Gewerbe, Bau- und See-Unfallversicherung (ohne die Versicherungsanstalten der Baugewerkschafts-Vereinigungen, der Tiefbau- und der See-Vereinigungen)	8,08	7,99
Knappschafts-Vereinigungen	15,46	14,55
Steinbruch-Vereinigungen	14,41	13,55
Vereinigungen der Feinmechanik und Elektrotechnik	5,05	4,82
Eisen und Stahl	9,76	9,58
Metall	7,58	7,65
Vereinigungen der Musikinstrumentenindustrie	5,44	5,38
Glas-Vereinigungen	3,33	4,04
Töpferei-Vereinigungen	2,44	2,28
Ziegelerei-Vereinigungen	7,87	7,83
Vereinigungen der chemischen Industrie	7,45	7,66
Vereinigungen der Gas- und Wasserwerke	5,48	6,08
Textilindustrie	2,55	2,61
Papiermacher-Vereinigungen	8,49	9,13
Papierverarbeitungs-Vereinigungen	3,92	4,07
Leberrindustrie-Vereinigungen	5,06	5,39
Holz	10,37	10,88
Müllerei-Vereinigungen	14,85	14,11
Nahrungsmittel-Industrie	4,35	4,20
Jüder-Vereinigungen	7,19	9,88
Vereinigungen der Wolllerei-, Brenner- und Stärke-Industrie	6,88	6,34
Brauerei- und Mälzerei-Vereinigungen	8,67	9,17
Tabak-Vereinigungen	0,53	0,52
Bekleidungsindustrie-Vereinigungen	1,80	2,04
Vereinigungen der Schornsteinfegermeister des Deutschen Reichs	7,24	4,19
Bauwesen	9,81	9,44
Deutsche Buchdrucker-Vereinigungen	2,66	2,79
Privatbahn-Vereinigungen	6,22	6,64
Straßen- und Kleinbahn-Vereinigungen	7,20	6,34
Lager- und Lager-Vereinigungen	8,19	8,55
Fuhrwerks-Vereinigungen	18,88	19,22
Binnenschifffahrt	11,79	12,44
See-Vereinigungen	5,01	5,36
Tiefbau-Vereinigungen	14,22	12,30
Fleischerei-Vereinigungen	7,62	6,90
Marine- und Seeverwaltung	3,12	4,09
Essentielle Handbetriebe (staatliche Provinzial- und Kommunal-Verwaltungen)	6,80	6,28
Staatsbahnen, Post und Telegraphen	6,01	6,35
Staatsbetriebe für Schifffahrt, Bagger- und Flößerei usw.	7,48	8,15

Furchtbare Zahlen! Um so furchtbarer, wenn man bedenkt, daß die Einbuße an Erwerbsfähigkeit niemals voll entschädigt wird. Die Arbeiter büßen nicht ihre gesunden Knochen, sondern auch einen recht erheblichen Teil ihres Verdienstes ein. — Die Unfallhäufigkeit in der Steinindustrie steht leider mit an erster Stelle.

## Korrespondenzen.

**Bad Dürkheim.** Am 28. Juni fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt, die trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besucht war. Kollege Nießbach hielt einen Vortrag über die Macht der Koalition, dem die Anwesenden aufmerksam folgten. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Kalbisch in zunehmender Weise. Nießbach machte die Kollegen nochmals auf den Wert und Zweck der Erwerbslosenunterstützung aufmerksam, alle Kollegen sprachen sich auch dafür aus. Kollege Weidmann erwähnte die Kollegen, die höher in Ordnung zu bringen, andernfalls ja für die rückständigen Löhne der erhöhte Beitrag zu zahlen sei. Es wäre an der Zeit, wenn die Kollegen die Versammlung besser besuchen würden.

**Essen.** Unser Mitgliederversammlung fand am 8. Juli statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrten die Anwesenden das Dahinscheiden des verunglückten Kollegen Kleiner durch Erheben des linken Armes. Der Kassierer verlas dann die Abrechnung. Es ergab sich ein Kassenbestand von 233,45 Mk. am Schluß des Quartals und wurde hierauf dem Kassierer Decharge erteilt. Beim nächsten Punkt kam es zu lebhaften Debatten und wurde, nachdem verschiedene Anträge abgelehnt, ein Antrag angenommen, wonach der Vorstand erst eine Unterlage bis zum nächsten Quartal schaffen soll, damit man ein klares Bild erhält, ob es nötig ist, die bestehenden Sätze am Ort zu erhöhen. Im Verschiedenen wurde beschlossen, die 10 Pfg. Erhöhung für unsern invaliden Kollegen Bach aus der Ortskasse zu bezahlen. Kritisiert wird, daß die hiesigen Arbeiter fast alle auswärts gegeben werden und die ansässigen Kollegen den größten Teil der Zeit arbeitslos sind. Dann sind die Steinmetzen der Erfurter Kunststeinfabrik mit Fierabend bedroht worden, weil sie einen Kollegen am Anfangen gehindert hätten. Dies haben sie im Bundesrat strikte zurückgewiesen und hat hierauf der betreffende Kollege angefangen. Daß der betreffende Firma ungelernete Arbeiter-Zimmerarbeiten verrichten wird kritisiert. Dann werden 5 Mk. für den verunglückten Kollegen Kleiner bewilligt. Zum Schluß wird noch auf den Besuch der Reichshofausstellung am letzten Sonntag hingewiesen, da der Preis an diesem Tage für die freien Gewerkschaften auf 20 Pfg. pro Person ermäßigt ist.

**Heßenbach.** Am Sonntag, den 5. Juli, fand in Heßenbach Delegiertenversammlung der Maintalszahlstellen statt. Auch die Christlichen waren vertreten. Der Zweck dieser Konferenz war: Die wird der im vorigen Jahre abgeschlossene Normaltarif für das rote Sandsteingebiet von den Unternehmern eingehalten? Dem Bericht der Delegierten war zu entnehmen, daß die Unternehmer den von ihnen ausgeübten und der Arbeiterkraft aufgezogenen Tarif in keiner Weise einhalten. Eine lebhafteste Debatte gab es über die sogenannten Vereinbarungsarbeiten. Konstatiert muß werden, daß bei Vereinbarungsarbeiten der Stundenlohn schwankt zwischen 20 und 45 Pfg. Weiter ist festgestellt worden, daß bei der sogenannten Vereinbarung nicht feste Teile, das heißt Unternehmer und Arbeiter, vereinbaren, sondern daß gerade in dieser Beziehung die Unternehmer den Herrenstandpunkt hervorheben. Besonders ist noch zum Ausdruck gebracht worden, daß gerade bei den Unterfertigarbeiten nach Frankfurt die Bezahlung eine ganz minimale war, denn die Arbeiter sind fast nicht im Tarif einhalten. Aus den ganzen Ausführungen ergab sich, daß die Maintalunternehmer auch nicht im geringsten tariffrei sind, denn ein solcher Tarif müßte sich unter allen Umständen einhalten lassen. Es wurde sodann eine im Sinne der Ausführungen verfaßte Resolution einstimmig angenommen, welche lautet:

„Die am 5. Juli 1914 tagende Konferenz der Maintalszahlsteinarbeiter stellt nach den Berichten aller Delegierten fest, daß fast in sämtlichen Betrieben des Gebietes der Normaltarif von Seiten der Unternehmer nicht eingehalten wird und unter den Tariflagen die Entlohnung erfolgt; insbesondere trifft dies bei den Vereinbarungsarbeiten zu. Die Delegierten beider in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen sprechen ihre Entrüstung über die mangelnde Tariftreue der Arbeitgeber aus. Der Standpunkt der Unternehmerrück ist um so verunnehmlicher, da sie selbst im Tarifnachtrag sich strengstens verpflichteten, den Tarif in allen seinen Teilen einzuhalten.“

Die Delegierten versprechen, ihren ganzen Einfluß in ihrem Arbeitsort dahingehend geltend zu machen, daß der Tarif korrekt durchgeführt wird. Die Mittel, die zur Einhaltung des Tarifes führen, sehen die Versammelten in folgenden Maßnahmen:

1. der sofortigen Einberufung von örtlichen Versammlungen zwecks Aussprache über die Tarifeinhaltung;
2. den fortgesetzten berechtigten Reklamationen beim Voller oder dem Arbeitgeber von Seiten jedes einzelnen Kollegen;
3. der Einsetzung von Lohnkommissionen, aus zwei bis drei Kollegen bestehend, in allen Betrieben, deren Eingreifen zu erfolgen hat, wenn die persönlichen Reklamationen fruchtlos sind;
4. dem Abhalten von sogenannten Vuderechten resp. Völvversammlungen, eventuell außerhalb des Betriebes zur Besprechung von Tarifdifferenzen;
5. einer nochmaligen Verhandlung über Tarifunklarheiten zwischen der Kommission der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer und es wird die diesbezügliche Einleitung den Verbandsleitern zur Pflicht gemacht;
6. Die Inanspruchnahme des Schiedsgerichtes in allen Tarifdifferenzfällen, soweit sich nicht zwischen den beiden Seiten auf dem Arbeitsplatz eine Einigung erzielen läßt.

Für die allseitige Durchführung vorstehender Beschlüsse werden alle Kollegen verpflichtet, damit die ohnehin niedrigen Lohnsätze eingehalten werden.“

Noch ein Wort an die Kollegen des Maintals. Es liegt jetzt an euch, die gefaßten Beschlüsse auch durchzuführen. Beweist durch Einigkeit, daß wir den Unternehmern ebenfalls die Macht zeigen können. Wenn es notwendig sein soll, dann kann auch ein Teil der Kollegen abwandern, schlechter geht es nirgends als wie hier.

**Hemsbach.** Zum zweitenmal war auf Sonntag, den 5. Juli, eine Versammlung für die italienischen Kollegen angesetzt, wozu Genosse Bianchi aus Bern (Schweiz) als Referent engagiert war. Aber auch diesmal hatten wir mit dem Referenten kein Glück. In letzter Stunde traf ein Telegramm aus Müllhausen i. E. ein, das lautete: „Versammlung abbestellen bis Brief folgt.“ Nun war guter Rat teuer. Die auswärtigen Kollegen waren schon auf dem Wege nach Hemsbach. Die Versammlung mußte also stattfinden. Das Referat übernahm Kollege Weidenhammer. Eingang der Versammlung wurde der schärfste Protest gegen das unkorrekte Verhalten Bianchis eingelegt. Einstimmig wurde beschlossen, daß Bianchi nicht mehr zu kommen brauche. Darauf führte Weidenhammer den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation und die Leistungen des Steinarbeiterverbandes vor Augen. Die Änderungen im neuen Statut behandelte er eingehend. In sachlicher Weise überlegte Kollege Cosmo die Ausführungen. In der Diskussion wandten sich die Redner gegen die Beitragserhöhung und gegen die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Ein Antrag des Kollegen Luigi Trides forderte, daß beim Zentralvorstand Schritte unternommen werden sollen, die italienischen Kollegen von der Beitragserhöhung zu befreien, und für sie die Erwerbslosenunterstützung nicht zur Geltung zu bringen; indem sie zum großen Teil über Winter in die Heimat reisen und somit keinen Anspruch auf Unterstützung hätten. Weidenhammer widersprach diesem Antrag aus äußerster; denn die verheirateten Kollegen, die ihre Familie hier haben, würden dadurch den Anspruch verlieren. Diese Handlung wäre sehr unkollegialisch. Es bleibt auch für die Granitarbeiter nicht ausgeschlossen, daß sie in späteren Jahren auch im Sommer einmal arbeitslos werden, wenn sie sich fortwährend steigenden Verbrauch von Kunststein und Beton müssen wir Beachtung schenken. Die Kollegen ließen sich davon überzeugen und nahmen Abstand von der Einführung dieses Antrags. Eine vom Kollegen Vincenza eingebrachte Resolution bringt den Streikenden in Italien die besten Grüße, und bebauert sehr die Haltung der italienischen Regierung und die angeregten Maßregeln. Im Schlußwort forderte Weidenhammer die Kollegen auf, treu bei der Organisation zu bleiben und fest in der Agitation mit zu helfen. Die Beitragserhöhung darf uns in keiner Weise abschrecken weiter zu kämpfen. Der letzte Mann muß dem Steinarbeiterverband beigefügt werden, denn nur durch starke Organisation gewinnen wir Macht und Ansehen. Diese vortrefflichen Worte fanden große Zustimmung.

**Jannowitz.** Am 5. Juli tagte in Rohrloch bei Buhl eine Mitgliederversammlung. Eine längere Debatte entspann sich über die Lohnbewegung der Hilsberger Steinmetzen und Schriftführer. Seit dem 30. Juni stehen dort die Kollegen der Firma Exner im Streik. Die Kollegen waren einmütig der Meinung, daß diese Bewegung durchgeführt werden muß, nachdem Herr Exner die bescheidenen Forderungen mit ironischen Redensarten abweist. Alle übrigen Meister bewilligen aber nur unter der Bedingung, wenn auch die Firma Exner unterschreibt. Hierauf wurde die Wahl des 1. Vorsitzenden vorgenommen. Derselbe gestaltete sich sehr schwierig. Sämtliche Vorgeschlagenen lehnten ab. Ein kurzes Zeichen von einer Zahlstelle, in der die Kollegen nicht mehr den Mut haben, einen derartigen Posten zu bekleiden. Kollege Elger-Fischbach nahm dann die Wahl an. Die Wahl machte sich deshalb notwendig, weil es der Voller Herr Mattis versteht, die Vertrauenspersonen und die Kollegen, die ihren tarifmäßigen Lohn verlangen, aus dem Betrieb hinauszuschieben. Er hat es schon fertiggebracht, daß sogar drei verheiratete Kollegen es vorgezogen haben, ihr Brot anderweitig zu suchen. Wir wollen Herrn Mattis nur raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen. Abdann entspann sich eine längere Debatte über die neue Beitragserhöhung. Die Brecher waren der Meinung, den bisherigen 50-Pfg.-Beitrag zu zahlen. Kollege Segenagel wandte sich sofort dagegen und bemerkte mit Recht, daß dies faktisch nicht zulässig sei. Er wies unter andern auch auf die Erwerbslosenunterstützung hin, und auf die Mittel, die dazu aufgebracht werden müssen. Zudem hat ja doch auch der Verband gerade in Jannowitz seine Pflicht vollaus getan. Allein 600 Mk. für Krankenunterstützung wurden im vorigen Quartal ausbezahlt. Auch der Tarifabschluß brachte, wenn auch nicht große, so doch nennenswerte Vorteile. So gar den Sozialzuschlag sollte ein Kollege abschaffen. Ein Antrag die ersten vier Beitragsklassen einzuführen, Brecher haben die

# Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 29.

Sonnabend, den 18. Juli 1914.

18. Jahrgang.

## Der Verbandsbeitrag.

Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue sind die starken Pfeiler, auf denen der stolze Bau der Gewerkschaftsorganisation ruht. Diese unerlässlichen Arbeitertugenden geben jeder Gewerkschaft die nötige Festigkeit und Stohkraft bei Verfolgung ihrer Zwecke und Ziele. Wie aber zu jedem Bau als erste Bedingung ein Fundament gehört, so gehört ein solches auch zu jeder Interessenskoalition. Im Gewerkschaftsleben bildet dieses Fundament die schöne Arbeiter-tugend Opferwilligkeit. Sie findet ihren profanen Ausdruck in dem an und für sich recht nüchternen Begriff Verbandsbeitrag.

Der Verbandsbeitrag ist der Grundstock der Gewerkschaft. Aus ihm strahlt die Kraft zur Betätigung der Solidarität, Kollegialität, Verbands- und Ueberzeugungstreue, welche guten Eigenschaften vor allem beim Kampf und Widerstand gegen das Unternehmertum im Angriffsgefecht zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen oder bei der Abwehr bedrohlicher Verschlechterungen im Arbeitsverhältnis in Betracht kommen. Die Verbandskasse muß mit ihren Mitteln hinter der kämpfenden Kollegenschaft als Rückendeckung stehen, ohne ihre tatkräftige Mithilfe ist heutzutage das gute Gelingen eines gewerkschaftlichen Kampfes ausgeschlossen, der Hunger würde bald alle guten Grundzüge über den Haufen werfen, die streikenden Arbeiter bedingungslos in die Betriebe zurücktreiben und die Unternehmer würden höhnlachend triumphieren. . . .

Die Notwendigkeit eines gutgefüllten Kampf- und Widerstandsfonds steht also für jeden Gewerkschafter außer Zweifel. Einstimmige Kollegen haben das längst begriffen und suchen in jeder Weise dafür einzutreten, daß der Verbandskasse die Geldmittel in ausreichendem Maße zufließen. Trotzdem beobachten wir bei vielen Mitgliedern der Verbände einen gewissen Unmut, wenn ein Verbandstag eine Erhöhung der Beiträge beschließt, obwohl diese Erhöhung von den leitenden Personen als unbedingt notwendig erachtet und aufs genaueste begründet wird. Die Ursache zu diesem Unmut liegt in der Regel in der natürlichen Abneigung jedes Menschen gegen eine von ihm beanspruchte höhere Leistung. Diese Abneigung ist allerdings zu verstehen im gewöhnlichen bürgerlichen Leben, für das Gewerkschaftsleben ist sie aus dem genannten Motiv heraus wohl menschlich verständlich, vom Standpunkt der praktischen und erfolgreichen Gewerkschaftsbetätigung aber einfach unverständlich.

Es ist richtig, daß die schon seit Jahrzehnten anhaltende Verleinerungstendenz im Wirtschaftsleben vor allem von den Arbeitern schwer empfunden wird, die aufgeklärten unter ihnen wissen auch, daß sie diese ungeheure Ausbeutung den Aufwiegen des kapitalistischen Staates zu verdanken haben und suchen deshalb gegen Regierung, Krant- und Schlot-Interesse in heftiger Opposition. Sie suchen durch ihre politische und wirtschaftliche Betätigung den unheilvollen Einflüssen der kapitalistischen Machtgeber entgegenzuwirken. Sie kämpfen gegen erhöhte Steuern und Zölle, gegen ein Wirtschaftspolit, die den Besitzenden nützt, den Arbeitern aber schadet. Sie treten damit nur für die Wahrnehmung ihrer Interessen ein und tun recht daran. Wie aber liegt die von Staats wegen und durch mächtige Wirtschaftsfaktoren betriebene große Ausbeutung der breiten Volksmassen im Vergleich zu dem verhältnismäßig niedrigen Verbandsbeitrag, den der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter allwöchentlich seinem wirtschaftlichen Kampf- und Unterstützungsfonds zuführt? Die Rückennummer, die der Staat den breiten Volksmassen zu seiner Aufrechterhaltung entzieht, dienen zum großen Teile Zwecken, die den Interessen des Volkes zuwiderlaufen, dienen zur Stärkung der Staatsmacht, die die Kulturbestrebungen der Arbeiterklasse mit allen möglichen Mitteln niederzuhalten sucht, der Staatsmacht, die die einzigen, sauer erkämpften Rechte des Proletariats, wie Wahlrecht und Koalitionsrecht, hinweg zu eskamotieren

trachtet und durch Maßnahmen und Schläge aller Art das bisher vorhandene Arbeiterrecht illusorisch zu machen sucht. Außerdem dienen die dem Proletariat abgetropften Steuern und Zölle zur Stärkung ihrer größten Feinde, sie füllen den von der Regierung begünstigten Junkern und Junkerengenossen die unergündlichen Taschen und verhelfen ihnen damit zu mühselosem Reichtumserwerb.

Die Arbeiterschaft hat also alle Ursache, sich gegen diese en gros betriebene Ausbeutung zu wehren. Um dies aber tun zu können, ist eine mächtige Organisation des Proletariats nötig. Der einzelne steht dem unheilvollen, kulturwidrigen Treiben der kapitalistischen Machtgeber völlig macht- und einflusslos gegenüber, deshalb müssen sich die Arbeiter in ihren proletarischen Organisationen zusammenschließen und mit deren Hilfe ihren Gegnern entgegenwirken. Zu solchem Wirken aber gehören gefüllte Kassen. Diese sind da zur Unterstützung des Kampfes auf politischem Boden, und im wirtschaftlichen Kampfe, der ungleich größere Opfer erfordert als der politische, ist es folgerichtig notwendig, daß die Kasse ganz besonders gut fundiert ist, um allen an sie gestellten Anforderungen entsprechen zu können. Außerdem haben die Mittel der Gewerkschaften noch den Zweck, gemeinnützigen Unterstützungszwecken zu dienen und damit dem allgemeinen Solidaritätsgrundsatz zu entsprechen.

Der Unterschied ist also recht augenfällig. Die Beiträge, die der Staat in Gestalt von Steuern und Zöllen den breiten Volksmassen abnimmt, dienen zum größten Teil dazu, den Interessen dieser breiten Volksmassen entgegenzuwirken. Die Beiträge aber, die die Arbeiterschaft ihren Gewerkschaftskassen zuwendet, dienen dazu, den die Arbeiterinteressen schädigenden Einflüssen der Industriemittel und Schlotbarone entgegenzuwirken. Der Gewerkschaftsbeitrag wird den Interessen der Gewerkschaftsmitglieder entsprechend verwendet, er stützt sie im Kampfe für die Verbesserung ihrer Lebenslage, bei der Abwehr von Unternehmerangriffen, und dient ihnen als Rückendeckung in besonderen Notfällen, bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Unglück, im Sterbefall und bei sonstigen unterstützungsbedürftigen Vorfällen. Deshalb aber hat jedes Gewerkschaftsmitglied die ständige Pflicht, den Gewerkschaftsbeitrag freudig und pünktlich zu entrichten, denn was der Arbeiter hier zahlt, dient seinen vitalsten Interessen und trägt hundertfältige Frucht in Gestalt von Lohnaufbesserungen und sonstigen Erleichterungen im proletarischen Dasein!

Deshalb aber soll auch der Arbeiter nicht krämerhaft zu feilschen trachten, wenn es sich um die Abmessung der Höhe der Gewerkschaftsbeiträge handelt! Ach, Ihr trinkt ja so oft ein Gläschen mehr als notwendig wäre und gebt, wenn Ihr gut gelaunt seid, dem Kellner noch obenrein ein Trinkgeld. Ihr seid in so manchem Sportverein. Das wird nicht verurteilt, denn es dient in der Regel der Kräftigung Eures Körpers. Auch dort zahlt Ihr Beiträge, obwohl Euch das gewerkschaftliche Hemd dichter am Herzen liegen muß als die Sportsjade. Euer Hauswirt steigert Euch die Mieten. Ihr schimpft und zahlt. Oder Ihr zieht aus und fallt einem anderen Hausgärtner in die Hände. Der Staat zapft Euch Steuern und Zölle ab, Ihr protestiert, kämpft dagegen, aber Ihr zahlt, weil Ihr müßt. Nun wohl, dann zahlt aber auch das, was zu Eurem Besten dienen soll, den Verbandsbeitrag, mit frohem Herzen! Und feilscht nicht um die Höhe. Denn was Ihr da einzahlt, geschieht ja zu Eurem Nutzen und trägt hundertfältige Früchte! Ihr habt darüber die Kontrolle und könnt darüber machen, daß alle Einnahmen wieder zu Eurem eigenen Nutzen Verwendung finden. Die Verbandskasse ist nichts weiter als eine Sparbüchse, die Eure Groschen sammelt und sie Euch wiedergibt, wenn Ihr ihrer bedürft, um zu kämpfen gegen die Ungunst des proletarischen Lebens und für die Verbesserung Eurer Lebenslage!

Und laßt über das Altweibergetöse unserer Gegner. Es gehört ja zu deren Lieblings-thema, Euch darüber „aufzuklären“, daß Eure Gewerkschaftsbeiträge „weggeworfenes Geld“

seien. Ach, sie sehen ja nichts Lieber, als daß Ihr die Zahlung einstellt. Nicht zu Eurem Wohlergehen und Nutzen, denn daran ist den Volksfeinden nichts gelegen. Nein, weh-los wollen sie Euch dadurch machen, zu Strohhalmen im Sturm des Wirtschaftskampfes, zu willenlosen Werkzeugen und billigen Ausbeutungsobjekten des Unternehmertums! Das ist ihr Lieblingswunsch und sie scheuen weder Verleumdung noch Lüge, um Euch vom Pfade der wahren Erkenntnis abzubringen!

Spottet also der Verleumdungen der Gegner. Und zahlt Eure Beiträge gern. Sie dienen Eurem Rückendeckung im wirtschaftlichen Kampfe, sie sind das Fundament Eurer Organisation! Das begreift endlich und vergeht es nie. Schreiet auf dem einmal als richtig erkannten Pfade weiter und Ihr werdet dann auch letzten Endes die Emanzipation der arbeitenden Klassen aus Iron und Knechtschaft und den Sturz des Kapitalismus herbeiführen!

Das ist es, worauf es auch hierbei ankommt!

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913.

Die letzte Nummer des christlichen „Arbeitsblatts“ enthält den Bericht des Kölner Generalsekretariats über den Stand der christlichen Gewerkschaften von 1913. Wie die Gewerkschaften in D. und die freien Gewerkschaften, so sind auch die christlichen Organisationen im Berichtsjahre nicht von Mitgliederverlusten verschont geblieben. Der Bericht führt diese zunächst auf die gedrückte Wirtschaftslage zurück, dann aber macht er mehrere Spalten hindurch krampfhaft Versuche, zu beweisen, daß die Gesamthaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung einer gesunden Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens nicht förderlich gewesen sei. Die sozialdemokratische Bewegung habe die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode auf dem Gewissen, hinzu komme ihre „negative parlamentarische Tätigkeit“. Aber, Gott sei Dank, es zeigt sich längst in der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung das Bestreben, sich den bürgerlichen Sozialreformen zu nähern, um mit diesen gemeinschaftlich das nachzuholen, was mit der sozialdemokratischen Sozialpolitik bisher nicht erreicht werden konnte. Diese Schwermut ist nicht weniger als eine unumfassende, unumschränkte Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften!

Für das Generalsekretariat gibt es keine Blüte, aus der es nicht Honig saugen kann. Nach ihm ist es ein Unglück, daß die sozialdemokratische Bewegung überhaupt existiert. Wäre sie nicht da, so könnte Adam Siegerwald das ganze Arbeitervolk unter dem christlichen Gewerkschaftsbanner sammeln, keinem Reaktionsär würde es einfallen, während in die Gewerkschaftsbewegung einzugreifen, und in den parlamentarischen Körperschaften wäre kein Hochkonjunktur für eine sozialpolitische Gefeggebung. Heiß, wäre das ein Sonnenzustand! So aber steht die Sozialdemokratie dieser paradiesischen Entwicklung im Wege. Sie, die nach der Ansicht des Leiters des christlichen Generalsekretariats, Adam Siegerwalds, nicht die geringste Existenzberechtigung hat, erlaubt sich, da zu sein und Millionen von Arbeitern als Anhänger zu haben. Der Sozialismus beging nach der Ansicht vieler Leute ein Verbrechen, als er die Arbeiterschaft aufrief, ihren inneren Wert in der Gesellschaft zu erkennen. Auf ihm lastet der Fluch, in der Brust des Jahrausende hindurch geknechteten Arbeitervolkes die Menschenwürde erweckt und ihn zum Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung aufgerufen zu haben. Der Sozialismus hat die Arbeiterklasse mit den Lehren der Disziplin und Solidarität bekennt gemacht, hat sie mit Kampfesfreude erfüllt. Welche Zukunft! Und ist es nicht überhöht, daß die freien Gewerkschaften so erfüllt und durchsetzt von sozialistischem Geist sind, daß sie in der ganzen Welt als die anerkannt musterhaftesten Arbeiterorganisationen bestehen, gehakt und gefürchtet von allen Schanzmachern, Reaktionsären und sonstigen Arbeiterfeinden. Warum haben die deutschen Arbeiter mit der Siegerwald, Giesberts, Bruns, Behrens und Konsorten auf der Bildfläche erschienen, warum sinnen sie schon an, ihre Häupter zu erheben, als die Sturmtruppe des kommunistischen Manifestes die Revolue blies! So etwas erscheint den erhabenen christlichen Gewerkschaftsführern verkehrt. Für sie hat die Sozialdemokratie keinen größeren Fehler begangen, als den, überhaupt da zu sein. Existierte sie nicht, dann bräuchten

## Steinmehrens Vergnügungsfahrt.

Eublich, nach einigen trostlosen Jahren lag die Konjunktur im Steinmehrgewerbe etwas glänzender, man atmete wieder auf und blickte etwas hoffnungsvoller in die Zukunft. Diese glänzliche Lage wollte sich die Steinmehrer der alten freien Reichs- und Hansestadt Hamburg denn auch nicht entgehen lassen, die Gelegenheit beim Schopfe zu fassen und das schon so lange geplante Vergnügen endlich einmal verwirklichen. Man hatte sich entschlossen für eine Dampferpartie, und nachdem der liebendwürdige, umsichtige Vorsitzende schließlich alle Vorkehrungen dazu getroffen, am letzten Sonntag die Landungsbrücke eine festlich gelicidete, jüde Proletariat auf sich verlanmt. Trochdem Jupiter-Bluvius seinen Reichtum an Feuchtigkeit zur Gänze über die Stadt schon ausgegossen, ließ man der Mut drum nicht sinken, denn die wetterfesten Wäntel schützten gegen die Witterungsunbill. So hatte man denn trotz alledem guten Sinnes der Dinge, die da kommen sollten. Unmuthig schaukelte der Dampfer auf der gelbgrünen Flut, noch fest verankert an der Landungsbrücke. Klatschend schlugen die Wellen gegen den Bug und umsäumten mit ihren weißen Schaumkrönen das schlanke Fahrzeug. Da ertönt vom Bord die Schiffsalocke, das Zeichen zum Aufsteigen, nachdem zuvor durch die Laufbrücke die Verbindung mit dem Festlande hergestellt war, und als auch die Sehten den Fuß auf die Schiffsplanken gesetzt, ertönte die Musik, und Stromabwärts ging dem Ziele entgegen.

Eine frische Brise wehte. Die Stimmung der Passagiere war eine gute. Auf einem Moment lugte Frau Sonne durch die grauen Regenwolken und beugnete nur vergnügten Gesichtern. Eine herrliche Fahrt war's. Vorbei an lieblichen Gestaden und vom Auslande heimkehrenden Dampfern. Von hüben und drüben als Heimatplatz ein gegenseitiges Lächelndes, wobei in Ermangelung eines Zuges von Brüden eine alte Seemannsweste als würdige Stellvertreterin dienen mußte. Das Durrausen, Jauschen und Lachen der Kinder überging sich auch auf die Erwachsenen, man lächelte sich einmal so recht frei und hatte alle Sorgen für den heutigen Tag hübsch daheim gelassen.

E. in Sicht. Allgemeine Aufregung, hauptsächlich bei den Kleinen, denen das Ziel noch unbekannt. Ganglamer fährt der Dampfer, die Maschine stoppt, der Anker fällt. Ein Rud, das Fahrzeug schmeigt sich Echn heissend an die Brücke; man ist zur Stelle. Erwartungsvoll steht schon der Wirt auf der Brücke zum Empfang der Gäste bereit, die denn auch gar nicht lange auf sich warten lassen und in kurzer Zeit war die Landung beendet. Das Musikor tritt zusammen und hinein geht's, unter den Klängen eines stillen Mar-

sches, durch den wohlgepflegten herrlichen Garten, in den Saal, wo selbst sanber gedeckte Kaffeetischler ihrer Bestimmung harren.

Die herrlich schmeckt da ein Schälchen Heber, denn die Seelust macht Hunger und Appetit. Ein Vergnügen ist's, den Kleinen dabei anzusehen, wie da die blauen Augenlein lustig und erwartungsvoll guden, und bis hinten Mündchen Portion um Portion des selbstgebackenen Ausbuns in kurzer Zeit verschwinden lassen.

Des weitern hatte ein lebenswichtiges Komitee für angenehme Unterhaltung Sorge getragen. Regelt und Schließen für die Herren der Schöpfung, Zombala usw. für die übrigen Mitglieder, so daß keiner zur Luft kommen konnte und am Schluß einige anderwärtige glänzliche nette Gewinne mit nach Hause nehmen konnten. Wer sich nicht für dies alles interessierte, ludigte drinnen auf dem Parlett der Göttin Terpsichore und schwenkt „grajidos“ das Tanzbein. Eins der Herren Komiteemitglieder, nebenbei bemerkt, ein lieber Kinderfreund, arrangierte mit der lieben Jugend allerliebste Kreislspiele, und nach Eintritten der Dunkelheit eine Laternenspektakel durch den Garten, die großen Jubel und Freude bei den Kindern auslöste.

Doch wie alles ein Ende erreicht, so auch hier, und als abermals die Schiffsalocke zum Aufsteigen rief, trennte man sich schwer von dem traulichen Orte, der nach so langer Zeit einmal wieder bis zu später Stunde viele frohe Menschen vereint hielt.

Schon zog man die Laufbrücke ein, der Dampfer drehte um, und fort ging's, den heimischen Bematen entgegen.

Eins muß ich noch bemerken, nämlich, daß das Aufsteigen etwas Schwierigkeiten verursachte, da das härtere Geschlecht dank des so herrlich mundenben Verpfandes des Guten etwas zuviel getan, und dadurch in etwas das Gleichgewicht verloren und ihre Fortbewegungsborgane nicht mehr in der Gewalt hatten, nicht zu verassen die liebenden Mütter mit den jahrahrtrunkenen Lieblichen im Arme, die mit Mühe das Ufer erreichten. Da war es denn wieder die liebe Jugend, die in allem das Vorrecht hat, die elastisch an Land sprang und somit das Feld behauptete.

Es ging aus Abschiednehmen, Händedrucke wurden ausgetauscht, Grüße an die Dabeingeblichenen aufgetragen, Sturm gelauten auf die nächsten Straßenbahnen und fort ging's endgültig nach Hause. So war denn auch dieser Tag im großen und ganzen harmonisch zu Ende gegangen, so daß wohl alle Festteilnehmer zufrieden sein konnten, und wer das Gegenteil empfand, der mache es wie unjer Dichter Paul Heise so treffend sagt:

Trag muntern Herzens deine Last,  
Und läß fleißig dich im Lachen.  
Denn du an dir nicht Freude hast,  
Die Welt wird dir nicht Freude machen.  
Jenny Horn.

## Die Steinfiguren von S. Agustin.

Schon seit zirka 80 Jahren hat man Kenntnis von einer Anzahl von merkwürdigen Steinfiguren, die sich bei dem Dorfe S. Agustin im südlichen Teile der Republik Colombia finden und in keine der sonst bekannten altamerikanischen Kulturen einfügen lassen. Im September v. J. ging nun Prof. Dr. A. H. Bruh vom Berliner Museum für Völkereunde nach Colombia, um diese Altertümer endlich sachgemäß zu untersuchen, und er unterzog sich dieser ziemlich schwierigen Arbeit von Mitte Dezember bis Ende März d. J. Ueber das Ergebnis sei dem Briefen des Forschers einiges entnommen. Die Figuren sind bis über 4 Meter hoch, aus einem Stein gearbeitet und finden sich im Urwalde von S. Agustin verstreut in oder auch neben großen Steinfigurengräbern. Im ganzen dekte Frent ihrer etwa 120 auf, wahrscheinlich aber sind noch viel mehr vorhanden. Ausgearbeitet sind nur die vorderen Seiten, sonderbarerweise aber ist das Gesicht der dargestellten Personen nicht immer klar zu erkennen. Auch Tiere sind dargestellt, in ganzer Figur oder als Embleme, und zwar solche, die bei vielen Völkern als mit der Nacht oder dem Erdinnern in Verbindung stehend gebacht werden: Gule, Nledermaus, Schlange, Leguan, Eidechse; aber auch Jaguar, was an altamerikanische Darstellungen erinnert, Puma, Affe und Neandh. Eine der weiblichen Figuren hat einen Halbmond in der Hand. Eigentümlich ist, daß manche der menschlichen Figuren oben wie unten einen Kopf haben. Nicht merkwürdig ist eine Mannsfigur, auf deren Kopf ein anderer Mann mit Wildschweinstopfe, Hüffel und Stohähnen reitet. In Waffen und Werkzeugen lassen sich an den Figuren Keule, Schild, Brustpanzer, Hammer und Meißel unterscheiden. An eine auch sonst in Südamerika beobachtete Sitte erinnert, daß bei den Statuen das männliche Glied hochgebunden ist. Bruh meint nach allem vorläufig, daß die Figuren Götter und Götinnen bedeuten, und daß man es hier mit einem Kult der Nacht oder der Unterwelt zu tun hat. Es bleibt aber noch der etwas zusammenhang dieses verschwundenen Kulturvolkes mit einem der sonst bekannten Völker Südamerikas festzustellen, was es später veranlassen eingehenden Studiums bedarf. Die Ausbeute an andern Altertümern war gering, solche sowie auch Steinereste fehlten in den Gräbern gänzlich. Vermutlich sind die Leichen der hier Beisetzten und die Beigaben nach einer gewissen Zeit wieder herausgenommen worden, und man hat die herrlichen Reste anderwärts endgültig beigesetzt. Nach der gegenwärtig herrschenden Meinung müßte Bruh seine Grabungen im südlichen Colombia fortsetzen. Allgemein faßt die gute Technik der Steinbearbeitung an den Figuren auf.

die Reaktionen keine auf sie zugeschnittene Sammlungs- und Verfolgungspolitik zu treiben. Dies Urteil des christlichen Generalsekretariats im Zentralblatt wird erbeutet.

Wenn nun aber in dem Bericht weiter gesagt wird, daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung so quasi den Dremsschloß der sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, so trieb dieser Vorwurf von einer Heuchelei, die nicht zu überbieten ist. Die Sozialdemokratie stellt im Interesse der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten in den Parlamenten die berechtigtesten Forderungen, die bürgerlichen Parteien lehnen sie ab oder die Regierungen widerlegen sich ihnen — aber was liegt dem Berichterstatter im Zentralblatt näher, als diejenigen zu beschimpfen und zu verkleunden, die diese Forderungen zugunsten der Arbeiter aufstellen? Es ist wenig christlich, die Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was ihre Gegner verschulden. Unvorsichtig aber ist es, daß in dem Jahresbericht auf die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten im Reichstage anlässlich der Beratungen der Reichsfinanzreform und der Reichsversicherungsvorordnung hingewiesen und sie als müßiggänger hervorgehoben wird. Die Sozialdemokratie hat sich 1909 gegen die Steuerbedrückung der armen und ärmsten Arbeiter gewendet, hat die Interessen auch des letzten christlich-organisierten Arbeiters vertreten, während die christlichen Arbeiterabgeordneten den Volksbedrückern die Steigbügel gehalten haben. Genau so trieben diese es bei der Durchpeisung der Reichsversicherungsvorordnung, wo die Sozialdemokraten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten und ihre Helfershelfer sogar Forderungen verteidigten, die von den christlichen Gewerkschaften und ihren Kongressen selbst vorher aufgestellt worden waren. Das kann nicht oft genug hervorgehoben werden. Ob die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen Geld gekostet hätte oder nicht, ob sie noch so beschäbigt und berechtigt waren, sie wurden mit Hilfe christlicher Gewerkschaftsführer niedergedrückt! Und die gleichen Leute stellen sich dann hin und erklären, die sozialdemokratische Partei habe eine negative Politik getrieben! So oft das christliche Zentralblatt diesen Vorwurf erhebt, muß es sich schon gefallen lassen, daß vernünftig denkende Leute diesen Vorwurf als gemeinen Schwindel tiefer hängen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer brauchen ja nicht christlich handeln zu lernen, sie sollten aber wenigstens soviel Größe im Kopfe haben, um die Wirkung beurteilen zu können, die solche niederträchtigen, fortgesetzt wiederholten Beschuldigungen nach sich ziehen müssen. Diese Wirkung zeigt sich gewerkschaftlich — und darauf kommt es bei Beurteilung der Vorwürfe nicht wenig an — schon in dem beiderseitigen Stimmverhältnis der christlichen und freien Gewerkschaften. Die erbärmliche Kampfesweise der christlichen Gewerkschaftsführer, ihr an Wiederrückgriffen gegen die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter und gegen deren Organisationen ist eine der Hauptursachen, daß es trotz aller aufgewandten Mühen mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts gehen will. Dafür zeugt ganz besonders der Arbeitererrat des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterkongress im Ruhrgebiet.

Das Zentralblatt bekämpft es, daß die christlichen Bergarbeiterorganisationen in den Jahren 1912 und 1913 21.192 Mitglieder verloren haben. Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkschaftsvereins verloren gingen, Verluste an Mitgliedern erlitten, relativ und prozentual aber weniger als der Gewerkschaftsverein. Verluste, wie die des Bergarbeiterverbandes, bucht nach verlorenen Schlachten jede Organisation. Aber das Zentralblatt ist bisher nie müde geworden, den Streikbruch als großen moralischen Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinzustellen; und nun sehen wir, daß der getriebene „Sieger“ mehr als ein Viertel seiner gesamten Mitglieder verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückgang hätten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913 gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungsunterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschaftsführung als Lehrmittel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamtentwicklung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre, sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwicklung gewaltig gefördert hätte. Am Jahresabschluss 1913 zählten sie 341.735 Mitglieder, Ende 1912 350.930 und Ende 1911 350.574 Mitglieder. Stolz braucht die christliche Durchführung also auf ihren gewerkschaftlichen Anhang nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitationsarbeit nicht zu sein.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die christlichen Gewerkschaften bessere Wasserbrüderlichkeit mit den freien Verbänden hielten, wie in den letzten Jahren. Dafür ging es früher auch schneller und lebhafter mit ihnen voran; nachdem aber ein christlicher Streikbruch den andern jagt, ein Zerfall dem andern folgt, geht es nicht mehr vorwärts, mag die Konjunktur gut oder schlecht sein. Vermag die christliche Gewerkschaftszentrale hieraus denn gar nichts zu lernen?

Die Gesamteinnahmen betragen im Berichtsjahr 7.177.764 Mk., davon waren reine Mitgliederbeiträge 6.368.245 Mk.; die Ausgaben betragen 6.102.888 Mk. und der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 belief sich auf 9.682.796 Mk. Für Streik- und Gesamtpolitikunterstützung wurden 959.631 Mk. ausgegeben, an ionischen Unterhaltungen 1.509.007 Mk. Für Agitation wurden 775.639 Mk. angewendet für persönliche Verwaltungsausgaben 191.959 Mk. und für sachliche Verwaltung 391.040 Mk.; der Anteil der Volkstassen betrug 1.192.429 Mk. Die Ausgaben für Verwaltung und Agitation halten sich so ziemlich die Waage mit den Ausgaben für Streiks und Unterstützungszwecke.

An Streiks fanden statt:

	Anzahl	Beteiligte Personen		
	1912	1913	1912	1913
Angriffsstreiks	250	234	8599	6672
Abwehrstreiks	77	72	1245	1608
Ausperrungen	32	35	3150	12736

Das ist alles, was an Mitgliedern in ersten wirtschaftlichen Kämpfen vermiselt war; die meisten Ausgeworfenen — in Krefeld und Bochum — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerkschaftsführern zum Kampfabzug zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgewiesenen Lattis, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten sich auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften mierzelt werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen läge es mit dem christlichen Lattiswesen wüßig aus.

Sie haben keine Zeit, die Zahlen aus der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf obige Zahlen Bezug nehmen, zum Vergleich heranzuziehen. Das aber kann gesagt werden: Mühen sich die deutschen und auch die christlich organisierten Arbeiter auf die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften einzulassen, es läge jämmerlich mit ihnen aus. Man vertritt sich nicht, wogern die christlichen Gewerkschaftsführer den Mut nehmen, die freien Verbände, überaus die sozialdemokratische Bewegung in solcher Weise zu beschimpfen, wie es fortgesetzt geschieht. Sie hätten alle Ursache, sich darüber zu wundern, warum es nicht so ist. Aber wie sagte August Bruns: „Wenn die Worte nicht so geschrieben werden, wie wir es tun, und wie das auch im Zentralblatt fortgesetzt geschieht — laufen schließlich die christlichen Arbeiter alle zur sozialdemokratischen Bewegung über.“

Es scheint und verhält, an dieser Stelle der Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerlichen Zentralverbände zu denken. Die christliche Zentralverbände — mit der ihnen — und die Zentralverbände, die nicht mehr als soziale Zentralverbände sein können, welche das Beste, was die bürgerlichen Zentralverbände machen und bewahren können, sind. Es gibt sogar Kräfte, an denen diese Zentralverbände teilnehmen können, aber die langjährige Gemütskur der freien

Gewerkschaftsbewegung hängt von diesem Zusammenarbeiten nicht ab. Diese Feststellung mag dem Zentralblatt für heute genügen. Der Bericht ist übrigens so geworden geschrieben, daß aus jeder Zeile zu entnehmen ist, daß bei den Christen Regenjammerkennung eingeleitet ist.

### Vom Verbandstag der Keramiker.

Der christliche Keram- und Steinarbeiterverband hielt vorige Woche in Köln seine 6. Generalversammlung ab. Die Christen bleiben mit ihren Tagungen im Rheinland, denn anderwärts haben sie so kleine Zahlstellen, daß es wohl daran fehlt, die nötigen Leute zum Empfangskomitee zu stellen. Aus den Berichten der bürgerlichen Zeitungen geht diesmal nicht hervor, ob sich auf der Tagung auch wieder ein Regierungsmann oder sonstige Gönner und Freunde eingefunden hatten, wie dieses vor zwei Jahren in Magden der Fall war. Zurzeit sollen 200 Zahlstellen vorhanden sein mit etwa 9000 Mitgliedern. Doch diese Zahlen sind mit Vorbehalt zu genießen, denn die Christen schneiden im allgemeinen sehr stark auf. Beispielsweise müßten sie in Sachsen nach den schwunghaften Artikeln, die in der Keramarbeiterzeitung erschienen sind, schon einige Tausend Mitglieder in der Steinindustrie zählen. In Wirklichkeit haben die Christen in Sachsen in der Steinindustrie kaum 200 Mitglieder, unser Verband mußte dagegen in jenem Ländchen über 7000 Mitglieder. Also, die Zahlen der Herren werden sehr gerne nach „oben“ abgerundet. Dem Herrn Mathias Fromm hat man in Köln ein Vertrauensvotum ausgestellt, angeblich, weil er durch die freie Gewerkschafts- sowie durch die sozialdemokratische Presse so verunglimpft wurde. Das Vertrauensvotum kann daran nichts ändern, daß Mathias Fromm wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mark Geldstrafe gegenüber dem Kollegen Staudinger feinerzeit verurteilt wurde. Wenn die christlichen Delegierten das Bedürfnis haben, daß sie einem Manne, der wegen Verleumdung bestraft wurde, das besondere Vertrauen aussprechen, so ist der Schluß zulässig, daß im christlichen Lager auch weiterhin mit den verwerflichsten Mitteln gegenüber den freien Verbänden operiert wird. Uns kann zur Orientierung in der weiteren Agitation ein solches Verhalten nur recht sein.

Im übrigen beschäftigte man sich in Köln mit Dingen, die früher auf unsern Verbandstagen schon erledigt wurden, woraus zu schließen ist, daß die Christen unsere literarischen Erzeugnisse in der eingehendsten Weise studieren und daraus lernen wollen. Den Beweis hierfür hat früher ja ein christlicher Sekretär in der typischen Weise erbracht.

Ueber Gewerkschaftspolitik sprach ein Herr Dr. Wohlmann aus München-Glabach. Aus den Berichten der Zentrumszeitungen ist zu entnehmen, daß er in echter und rechter Weise den wirtschaftlichen Standpunkt des Zentrums vertrat. So schlaun sind die Herren natürlich auch, daß sie dabei nicht extra auf die Tätigkeit des Zentrums verweisen. Gegenüber der Konsumvereinsbewegung, soweit die Hamburger Richtung in Frage kommt, wurden die Mitglieder scharfgemacht. Die Vereine, welche dem Zentrum nahe stehen, sollen dagegen unterstützt werden. Auch die errichtete nationale Volksversicherung wurde dementsprechend empfohlen, nur schade, daß sie bisher nur allgütig im Verborgenen blüht. Der Verbandstag kann trotz der vielen Worte, die gemacht wurden, nichts daran ändern, daß die Christen in der Steinindustrie nicht vorwärtskommen. Besonders wird die Herren ärgern, daß sie in rein katholischen Gegenden, wenn wir von Magden absehen, absolut keinen großen Einfluß haben. Mit großen Zeitungsartikeln, welche dann und wann die bürgerliche Presse über den Keramarbeiterverband bringt, kann man noch lange keine Mitglieder schaffen.

Geradezu enorm sind bei den Christlichen die Zahlen für Agitation, Gehälter, Verwaltung und die sogenannten sonstigen Ausgaben. Zu diesen Zwecken wurden 1912/13 nicht weniger wie 99.000 Mark verausgabt. Das ist für eine so kleine Organisation ein geradezu horrender Betrag. Da muß man sich doch fragen, ob der für den Verband erzielte Effekt sich mit den ungewöhnlich hohen Ausgaben noch in Einklang bringen läßt. Die Antwort darauf kann nur Nein lauten. Für die Wirtschaftskämpfe, also für Streiks, gaben die Christlichen in den beiden Jahren bloß an die 51.000 Mark aus. Den Delegierten scheint in der Eile entgangen zu sein, daß sie sich auch mit diesen Dingen zu beschäftigen hätten.

### Angenommene Resolutionen auf dem Münchner Gewerkschaftskongress.

Zum Punkt Grenzzeitigkeiten fand nachstehende Entschliessung Annahme:

1. Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich unverkennbar in der Richtung des Zusammenschlusses der Organisationen zu groben, leistungsfähigen Verbänden und die fortschreitende Technik mehr als seither die Zuführung der ungelerten und Hilfsarbeiter zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden. In diese sich von selbst vollziehende Entwicklung durch Konferenzen oder Kongressbeschlüsse einzugreifen, erweist sich so lange als unzulässig, als nicht durch Streitigkeiten über die Abgrenzung des Organisationsgebietes sich ernste und dauernde Störungen des Zusammenwirkens der Gewerkschaften ergeben.

2. Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben empfohlen, strikte Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den Zentralvorständen der in Betracht kommenden Verbände abzugrenzen und alle Fragen der bürgerlichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen mehr als bisher durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln. Von etwa abgeschlossenen Kartellverträgen ist der Generalkommission durch Uebermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

3. Kommen zwischen Gewerkschaften, bei denen Organisationsdifferenzen bestehen, solche Kartellverträge trotz der Vermittlung der Generalkommission nicht zustande, und ist die Beilegung dieser Differenzen für das angehörte Zusammenwirken der Gewerkschaften unbedingt notwendig, so ist der Streitfall durch ein Schiedsgericht zu entscheiden. Das Schiedsgericht wird gebildet aus je drei von den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften zu wählenden Gewerkschaftsvertretern und einem Vorsitzenden, den die Schiedsrichter zu wählen haben. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen den im Streit befindlichen Gewerkschaften nicht angehören. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend.

4. Die lokale Anerkennung des Organisationsgebietes erheischt die Unterlassung jeder unzulässigen Agitation, besonders unter Hinweis auf niedrigere Beiträge und höhere Unterhaltungen, die Zurückweisung Aufnahmeversuchen, die aus andern angeschlossenen Verbänden ohne genügende Abmeldung und Regelung ihrer Beziehungen austraten oder ausgeschlossen wurden, sowie die Unterlassung jedes Druckes auf vorübergehend in andern Berufen tätige Gewerkschaftsmittelglieder. Die legitimen dürfen Mitglieder ihrer Organisationen bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen Berufs zu fügen. Eine Befähigung ist als eine vorübergehende

nicht zu erachten, wenn sie in ein und demselben Berufe die Dauer von drei Monaten überschreitet. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als sechs Wochen zu ein und demselben Berufe übertraten, müssen sich immer der Organisation des Berufs anschließen, in dem sie arbeiten. Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, müssen von der Organisation ihres Nebenberufs angehalten werden, sich erst der Organisation ihres Hauptberufs anzuschließen, bevor sie in die Organisation des Nebenberufs aufgenommen werden können. Diese Arbeiter haben sich in ihrem Nebenberufe, soweit die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Betracht kommen, den Beschlüssen der in Frage kommenden Organisationen zu fügen.

5. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufsbeschäftigt sind, kann diesen die einzelnen Arbeiter nur in derjenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft im Grund vorheriger bestimmt begrenzter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentralinstanzen. Erstes gilt auch für die Annahmen vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemeindefabriken, Staats- und Genossenschaftsbetrieben, sowie für Arbeiter, die am Orte eine Organisation ihres Berufs nicht besteht. — Sind in einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere angeschlossene Organisationen vorhanden, so gelten dieselben in der auf die Genehmigung von Mitgliedern und auf die Führung von Lohnbewegungen als gleichberechtigt. — Es empfiehlt sich jedoch allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten resultierenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konfliktverhältnisse besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommende Maßnahmen vorher zu verständigen.

6. Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter verschiedener Berufsarten technisch unabhängig voneinander beschäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betriebe“ im Sinne der vorstehenden Bestimmungen. Für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für die eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation zuständig.

7. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen abgeschlossen sind, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Weiterungen für solche erfordern, die betroffenen Verbände sich vorher sowohl über die Abgrenzung und Durchführung der Lohnbewegung, als auch über etwaige Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen unterstützt jede Organisation nur die eigenen Mitglieder; letzteres gilt auch für die Gewährung von Rechtschutz.

Die Resolution wegen der schikanösen Auslegung des Vereinsgesetzes lautet:

Ein freies, uneingeschränktes, gegen Eingriffe aller Art geschütztes Vereins- und Versammlungsrecht ist die notwendige Grundlage für eine erspriechliche gewerkschaftliche Tätigkeit und für die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse.

Nebe Einschränkung, Verweigerung oder Erschwerung des Vereins- und Versammlungsrechts durch das Unternehmertum als Klasse, vermindert den Widerstand der von ihm abhängigen Arbeiter und Angestellten gegen Knechtung und Ausbeutung, verringert so den Arbeitern die Anteilnahme an den Fortschritten der Kultur; hemmt die ausläubende Tätigkeit der Gewerkschaften über die sanitären Gefahren der Arbeit; hindert die Ueberwachung und den Ausbau des Arbeiterschutzes und wirkt, daß die Arbeiter sich nicht als gleichberechtigt fühlen.

Der Kongress erklärt: Die Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1908 erfüllen die Anforderungen an ein freies Vereins- und Versammlungsrecht nicht;

insbesondere erweisen sich der gewerkschaftlichen Organisationshinderung und schädlich:

die Anwendung des § 3 auf gewerkschaftliche Verbände; die Anwendung des Verbot fremder Sprachen in Gewerkschaftsversammlungen;

das Verbot der Teilnahme von Personen unter 18 Jahren an Vereinen und Versammlungen.

Die Handhabung des Vereinsgesetzes, wie sie im Reichs, besonders aber in Preußen, üblich geworden, ist ein Höhepunkt in der fieserlichen Verdrängung des früheren Staatssekretärs, jetzigen Reichsanzlers, auf eine lokale Handhabung, um so mehr, als gegen die Verbände der Unternehmer, sogenannte urbane liebende vaterländische Arbeitervereine und bürgerliche Jugendorganisationen, die einschränkende Bestimmungen des Vereinsgesetzes nicht zur Anwendung kommen.

Der Kongress ist der Auffassung, daß nur eine Aenderung des Vereinsgesetzes die Grundlage freien und gleichen Rechts für alle geschaffen werden kann.

Diese Aenderung muß bewirken, daß:

1. alle landesrechtlichen und polizeilichen Besugnisse, die über die in §§ 1 und 2 des Vereinsgesetzes gesteckten Maß hinausgehen, ausgeschlossen werden;
2. alle gewerkschaftlichen Versammlungen, gleichviel, ob die Arbeiter eines Betriebes oder mehrerer Betriebe stattfinden, von Anmeldung und Ueberwachung befreit bleiben;
3. das Verbot fremder Sprachen für gewerkschaftliche Versammlungen keine Anwendung findet;
4. gewerkschaftliche Verbände außerhalb der Bestimmungen des § 3 gestellt werden.

Der Erreichung dieses Zieles ist es dienlich, daß jeder polizeiliche Eingriff in das Vereins- und Versammlungsrecht durch zulässige Rechtsmittel bekämpft wird.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird beauftragt, die Handhabung des Vereinsgesetzes aufmerksam zu verfolgen und alle Fälle einer ungleichen, die Verbände der Unternehmer, der vaterländischen gelben Arbeiter und bürgerlichen Jugendvereine hervorbringenden Anwendung des Vereinsgesetzes zu sammeln und zur Erreichung eines freien Vereins- und Versammlungsrechts zu verwerten.

### Steinbedarf.

Bürgermeisteramt in Cleve. Für die Anlegung von Bürgersteigeinlassungen Lieferung von rund 683 Metern geraden und 175 Metern Kurvenbordsteinen aus Basaltlava.

Magistrat in Cuxhaven. Lieferung von 205 II. einschl. 15b. Meter gerade und 50 Meter gekrümmte Bordsteine aus Basaltlava, 1000 Meter andere Bestandteile ähnlicher Beschaffenheit.

Magistrat in Johannsburg in Ostpreußen. Lieferung von 820 Kubilmeter Pflastersteinen.

Regierungsbaumeister Wendler in Dessau. Steinarbeiten zum Neubau des zweiten staatlichen Verwaltungsgebäudes in der Nismarckstraße.

Großh. Bahnsinspektion III in Karlsruhe. 1000 Kubilmeter Eisenbahngrenzsteine.

Bürgermeisteramt in Meß. Lieferung von 50 Tonnen grauen und 150 Tonnen weißen (grauen) Mosait-Natursteinen zur Befestigung von Bürgersteigen.

Postbauamt in Saarburg (Lothringen). Zum Posthausneubau in Saarburg (Lothringen): Steinmehrarbeiten, anschlag zu rund 13.000 Mk.

Postbauinspektion in Sargemünd. 205 III. Eisenbahnarbeiten für den Neubau eines Amtsgefängnisses in Sargemünd.

Postbauamt Bremen. Werksteinarbeiten für eine 300 Meter lange Kalkstraße.

Der Bedarf an Pflastersteinen ist zurzeit gerade kein großer, auch sind keine bedeutenden Ausschreibungen in Betracht zu kommen.

Klasse zu leben, wurde einstimmig angenommen. Diefem Beschlusse haben sich alle Kollegen zu fügen. Dem Kollegen Zisch wurden aus der Kasse 10 Mk. bewilligt, nachdem er Invalid geworden ist. Als Hilfsarbeiter wurde Kollege Kitz gewählt, desgleichen wurde ihm die Anstellung eines Regals zur Aufbewahrung der Bücher aus Kasse bewilligt. Zugleich wollen wir nicht vergessen, dem Kollegen Aug. Albert für seine bisherige Tätigkeit als Vorstandsmitglied den besten Dank auszusprechen. Mit Ruhe und Besonnenheit, mit fester Tatkraft hat er die Geschäfte der Kasse während der Lohnbewegung und auch nachher zu leiten gesucht.

**Ramens (Saas).** Am 4. Juli tagte im Gasthaus zum Kronprinz eine Steinarbeiterversammlung, welche einen guten Besuch zeigte. Als Referent war Kollege Steiner anwesend. Er behandelte eingehend das Thema, Die Bestimmungen der Arbeitgeberverbände gegen die Arbeiter. Beim nächsten Punkte behandelte er die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, was ja für uns von großem Werte ist, indem unsere Kollegen noch nicht so tatfest sind. Sie denken, daß hier keine Arbeitslosigkeit eintreten könnte. Man wird es eben nicht eher merken, bis man das Bündel schnüren muß. Steiner bemerkte, daß man den Arbeitslosen von keiner anderen Seite aus Unterstützung gewäre. Somit seien die Gewerkschaften hierzu verpflichtet. Die Debatte wurde in dem Sinne geführt, daß die Kollegen alles aufbieten, damit am Orte eine Mitgliebersammlung eintritt. Wenn die Kollegen gewonnen sind, in der Kleinrentenfrage ihre Pflicht zu tun, so können wir auf Zunahme ebenfalls noch rechnen. Wir haben in der gesamten Oberlausitz innerhalb einiger Jahre großes in der Organisationsarbeit geleistet, das zeigen die Zahlstellen, welche im Granitgebiet gegründet wurden, desgleichen die großen Zunahmen an Mitgliedern und nicht zu vergessen, es ist gelungen, so aus dem Nichts einen Tarifvertrag zu schaffen. Der Steinarbeiterverband kann sich somit seiner geleisteten Arbeit sehr freuen lassen. Wenn es auch noch da und dort Mängel gibt, die glauben, es sei nicht alles am Schürhaken gegangen, so müssen wir jene Leute eben reden lassen. Ein großer Teil der Kollegen hat aber eingesehen, daß sich unter dem Tarifverhältnis die beruflichen Zustände wesentlich gebessert haben.

**Reinsdorf.** In seinem Betriebe des Unterfränkischen Kalksteingebietes kommt es so häufig zu Differenzen, wie bei der Firma Nagel u. Hesse. Der Beamtenwechsel bei der Firma ist ein außerordentlich großer. Jeder Polter, Bruchmeister oder Geschäftsführer glaubt scheinbar, sich eine ständige Stellung im Geschäft zu verschaffen, wenn sie gegen die Arbeiter größtmöglichst rücksichtslos vorgehen. Seit einigen Monaten fungiert als Geschäftsführer ein Herr Strohbach. Dieser Mann sieht seine Hauptaufgabe darin, fortgesetzt neue Arbeits- und Entlohnungsmethoden bei den Krämmern und Brechern einzuführen; die auf nichts als auf eine Verbilligung der Rohmaterialgewinnung auf Kosten der Arbeiter hinausgehen. Vor kurzem nahm der Herr bei den Hilfsarbeitern (Räumern) eine Spürbühnenmethode vor, die allerdings durch Eingreifen der Brecher illusorisch gemacht wurde. Aus Wut darüber, entließ er dann die am längsten im Geschäft tätigen Brecher mit der Begründung, „er wolle sich jetzt einmal Ruhe einstellen, die mit allem zufrieden sind“. Als sich die entlassenen Kollegen gegen ihre Maßregelung wandten, entließ dann der Mann sämtliche Brecher. Die Firma scheint somit keine Brecher zu gebrauchen, und ersuchen wir sämtliche Berufs-Kollegen, den Betrieb strengstens zu meiden.

**Neusäß.** Am 5. Juli fand in Neusäß unsere Mitgliebersammlung statt, welche gut besucht war. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für gut befunden. Es wurde hierauf dem Kassierer Entlassung erteilt. Kritisiert wurde, daß Vorstand und Kassierer abweisen und dabei die nötigen Wahlen nicht veranstalteten. Die Kollegen sind der Meinung, daß in dieser Hinsicht mehr Ordnung herrschen sollte. Ferner wurde gewünscht, daß die Firma Abreise den Betrieb in Neusäß eingestellt hat, die Kollegen müssen abreisen. Die Pflichten der Arbeiter müssen geklärt werden, damit nicht unbillige Messen unterkommen werden. Die Arbeitslosigkeit ist im Schwarzwald zurzeit keine gute. Die Kollegen wurden auf die pünktliche Zahlung der Beiträge hingewiesen. Reklamen sollen sogleich aufgeführt werden, damit uns keine Mitgliederverluste entstehen.

**Nürnberg.** Hier fand am 29. Juni eine außerordentliche Mitgliebersammlung statt. Ueber das Verhalten der Steinindustrie sprach...

gehofft, es würde wenigstens so gearbeitet, wie es bei heranziehenden Arbeiten üblich ist. Man höre aber und staune. Gerade das Gegenteil davon ist eingetreten. Wie kommt dies aber? Bei Aufstellung der Offerte hat man für die Steinbauerarbeiten einen geringen Preis eingelebt und nun wird jederfallig dieser Preis wesentlich überschritten. Die Renovierungsarbeiten am hiesigen Münster hätten ursprünglich an die hiesigen Maurer- und Steinbauermeister vergeben werden sollen; da diese aber ein bedeutend höheres Angebot eingereicht hatten, als von der Bauleitung aufgestellt wurde, so hat natürlich die Bauleitung mit samt dem hiesigen Stiftungsrat den in Frage kommenden Meistern die Arbeit nicht gegeben und führt diese jetzt selbst aus. Abgesehen davon, daß in einem solchen Baue, welcher beinahe baufällig ist, nicht gearbeitet werden soll, haben die Steinbauer ihre Plätze sogar an den gefährlichsten Stellen. Es wäre Sache der Ortsbehörde und der Unfallversicherung, derartige Mißstände aufzuheben.

**Burgen.** In dem Schotterbetriebe des Herrn Borch in Schöna bilden sich recht sonderbare Verhältnisse heraus. Anfangs Juni legten die Kollegen sonnenbarer Betriebe infolge einiger Lohnhöherungen die Arbeit nieder, was sich aber durch fünf Tage Streik regeln ließ. Aber schon die zweite Woche nach diesem fing Herr Borch an, Auslese unter seinen Arbeitern zu halten. Auch die letzte Woche hat er wieder den Kollegen Grau ohne irgendwelchen Grund entlassen. Diese Maßnahme des Herrn Borch verstehen wir wohl, denn er versucht damit, sich die unliebbarsten Kollegen aus dem Betriebe zu entfernen, und an dessen Stelle Polen heranzuföhren, wie er dies bereits schon getan hat. Wir werden aber dieser Maßnahme des Herrn Borch unter größter Aufmerksamkeit sehen. Es ist in letzter Zeit soweit gekommen, daß sich sein Aufseher an Arbeiter tätlich vergriffen hat, was ihm aber nicht ganz gut bekommen ist. Wenn der Unternehmer in diesem Falle zu seinem Aufseher den Ausdruck gebraucht haben soll, als wie: „Könnten Sie ihn denn nicht tüchtig verjagen?“ sind wir der Meinung, daß es um diesen Betrieb schon schlecht bestellt sein muß. Man muß sich aber auch die Frage vorlegen, wie so etwas im kultivierten Deutschland noch möglich sein kann. Es ist aber auch nur auf die Unfähigkeit der Arbeiter zurückzuführen, daß dies Verjagen nicht schon einmal umgedeutet gewesen ist. Herr Borch hätte vielmehr auf Grund der letzten Unfälle darauf zu achten, daß die Arbeiterschutzbestimmungen in seinem Betriebe besser durchgeführt würden. Hier möchten wir aber auch der Gewerbeinspektion zu Torgau empfehlen, diesen Betrieb recht gründlich zu kontrollieren.

## Rundschau.

**Hauptversammlung der Zement- und Kunststeinfabrikanten.** In Berlin tritt am 22. August die Hauptversammlung der vorgenannten Gruppen zusammen. Unsere Leser wird es interessieren, wenn wir die Tagesordnung, welche zur Beratung steht, bekannt geben, weil man daraus ersehen kann, wie raffiniert die Zement- und Kunststeinfabrikanten für ihre Erzeugnisse Propaganda machen. Es kommen zur Beratung:

1. Lehrtliche Fälle aus dem Verbindungswesen.
2. Zementfragen. (Die Syndikatsgestaltung. — Die neuen Lieferungsbedingungen. — Bekannt gewordene Streitfälle. — Technische Fortschritte. — Ufm.)
3. Die Eisenarmierung. (Die neuen Bestimmungen über die Eisenbeanspruchung. — Die Vorschriften einzelner Bauämter. — Die Ansichten über die Eisenformen. — Die Lieferfristen.)
4. Der Heimatschutz. (Die gegenwärtige Situation. — Erfolge des Verbandes.)
5. Friedhofskunst. (Die heutige Bedeutung des Betonwerkzeugs für die Friedhofskunst. — Erfolge des Zentralverbandes.)
6. Normen für Zementwaren. (Sind Normen für Zementwaren notwendig? — Die wären sie zweckmäßig zu gestalten? Was ist bis heute geschehen?)
7. Bruchschäden beim Bahntransport von Zementwaren. (Die Erfahrungen der Praxis. — Die Bedeutung der Zementwarenindustrie.)
8. Der Wert...

(Patente und Maßnahmen zu... lationsarten. — Die Muffen-tailungen über Ihre Fabrika-industrie und — Bericht der Zementindu-n. — Neu-b Kunst-Spezial-t, sowie der Zement-des Ber- (Zweck-e, Liefer-

**Arbeitslöhne im Bezirk Carrara.** Aus einer amtlichen Zusammenstellung über die Arbeitslöhne im Bezirk Carrara (Italien) entnehmen wir folgendes:

In den 777 Steinbrüchen sind beschäftigt:	Täglicher Durchschnitts- verdienst (in Frank)	Carrara	Verfissa
Auffeher	749	4.00-7.00	4.00-5.00
Steinbrecher	3840	3.00-5.50	3.00-5.00
Zubehörer u. Handlanger	2768	3.40-3.90	3.20-3.80
Hilfsarbeiter	3123	2.95-3.40	2.30-3.20
Handlanger	125	2.50-4.00	2.00-3.00
Mauerputzer	95	3.50-5.00	3.30-4.50
Maschinenfänger	200	3.50-5.00	3.00-4.00
Lehrlinge	482	0.80-1.50	0.70-1.40

Auf den Werkplätzen in den Brüchen sind beschäftigt: Poliere 180 6.00-12.00 4.50-9.00 Zubehörer 550 4.00-5.00 3.40-4.00 Hilfsarbeiter 398 3.10-4.00 2.50-3.50

In Sägereien und Lagerhäusern sind beschäftigt (insgesamt 1893 Personen):

Poliere	4.00-7.00	3.50-6.00
Säger	3.00-4.00	2.50-3.50
Hilfsarbeiter	2.80-4.00	2.40-3.50
Polierer	3.00-4.50	2.50-4.00
Lehrlinge	0.80-1.30	0.70-1.00

In den Betriebswerkstätten sind beschäftigt (insgesamt 2800 Personen):

Bildhauer	8.00-12.00	6.00-10.00
Ornamentiker	6.00-9.00	5.00-7.00
Handbohrer	3.50-5.00	3.00-4.00
Bohrer mit pneumat. Hammer	4.00-6.00	3.50-4.50
Steinhauer	3.40-4.50	2.80-4.00
Polierere	2.50-3.50	2.30-3.00

Es ergibt sich somit, daß in Carrara, also im zentralen Steinbruchgebiet, die Löhne etwas höher sind, wie in Verfissa. Leider sind die Arbeiter nicht zentralorganisiert, sie gehören einer Lokalorganisation an. — Im allgemeinen müssen aber die Löhne als recht ungenügend bezeichnet werden. Schade, daß man aus der Statistik nicht die Zahl derjenigen ersehen kann, welche mit pneumatischen Werkzeugen arbeiten.

**Arbeit für den Staatsanwalt.** Zurzeit wittern die Behörden hinter jeder Handlung organisierter Arbeiter schwarze Pläne. Die Hege gegen das Koalitionsrecht wird von den Unternehmern damit begründet, daß die organisierten Arbeiter die Nichtorganisierten in jeder Weise terrorisieren und drohselig machen. Der rigorose und rücksichtslos vorgeht, dafür gibt ein dem Vorwärts zugesandter Urteilsbrief wieder genügend Beweise. Er lautet:

**Reichsverband für das Stein-, Pflaster- und Straßenbau-Gewerbe (E. V.)** Postfachkonto Leipzig 9155. Fernsprecher 7703. Leipzig-Gohlis, Datum des Poststempels. Landsberger Straße 82.

**Sehr geehrter Herr Kollege!**

Die auf beiliegender Liste verzeichneten Steinseger und Hammer sind von den Reichsverband-Mitgliedern auf keinen Fall einzustellen. Sollte dies bereits geschehen sein, so sind dieselben sofort zu entlassen. Im Interesse der gegenseitigen Unterstützung der Arbeitgeber wird erwartet, daß vorstehendem Ersuchen strikte nachgekommen wird.

Mit kollegialem Gruß! Reichsverband für das Stein-, Pflaster- und Straßenbau-Gewerbe (E. V.) Otto Schwabach, Vorsitzender. Entschärger, Geschäftsführer.

Diesem Schreiben ist eine Liste beigefügt, die die Namen, die Wohnung und das Geburtsdatum von 18 freireichlichen Steinseger enthält. Die Unternehmer legen sich also gar keinen Zwang auf. Vor einer Bestrafung scheinen sie sich ziemlich sicher zu fühlen. Was würde geschehen, wenn Arbeiter so vorgehen würden?

**Die Streikverordnung der sächsischen Regierung.** Die sächsische Regierung hat infolge der vielen Protestmemoren, die ihre Streikverordnung hervorgerufen hat, jetzt eine ausführliche Erklärung in der amtlichen Leipziger Zeitung veröffentlicht. Diese Erklärung ist voll merkwürdiger Widersprüche. Unumwunden muß sie zugeben, daß das freie Koalitionsrecht eine notwendige Waffe sei, die beiden Parteien in voller Parteilichkeit gewährt werden müsse, und daß zu dem freien Koalitionsrecht an sich auch das Streikpostenrecht gehöre, das nach dem geltenden Recht nicht verboten sei. Ferner muß sie gestehen, daß das friedliche Einwirken von Streikposten auf solche, die sich nicht an einem Lohnkampf beteiligen, nach der Reichsgesetzgebung zulässig sei. Nichtsdestoweniger statet sie die Polizeigeorgane in der Streikverordnung mit Befugnissen aus, die jedes Streikpostenrecht verhindern können, zum Beispiel wenn Personen laut der Erklärung wider ihren ausgesprochenen oder auch nur erkennbaren Willen öffentlich angesprochen und augenfällig begleitet werden, oder wenn eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu erwarten ist. Das heißt doch nichts anderes, als die Streikposten vollständig von der Gnade der Polizei abhängig machen. Der Streikordnung gewährt also den Arbeitern das Streikpostenrecht, nur dürfen sie davon keinen Gebrauch machen.

**Dreifalt.** Die Wiener Steinmehrer, die recht schlecht entlohnt sind, streiten seit einigen Wochen. Der „Deutsche Steinbildhauer“ bringt darüber nun einen recht verlogenen Bericht. In einer Stelle heißt es: „Den Herren Steinmehrer scheint das Privatstücken auf Streikpostenfondsdarlehen besser zu behagen.“ — Eine solche Beschimpfung richtet sich von selbst. Im Unternehmerrager ist man eben darüber entrichtet, wenn sich die Arbeiter nicht alles bieten lassen.

**Großes Verwaltungsgebäude.** Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte errichtet am Fehrbelliner Platz in Berlin-Wilmersdorf ein großes Verwaltungsgebäude, in dem nicht weniger als 3000 Beamte unterzubringen sind. — Die gesamten Baukosten betragen 7 1/2 Millionen Mark.

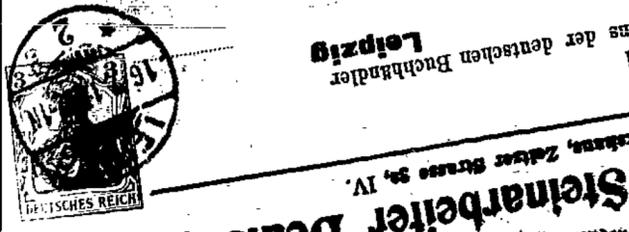
**Defizit der Aba.** Durch verschiedene Blätter geht die Mitteilung, daß die internationale Bauausstellung, die 1913 in Leipzig stattfand, mit einem Defizit von 553 000 Mk. abgeschlossen hätte. Die Aba-Direktion teilt nun mit, daß die Abrechnungen noch nicht beendet seien, ein Defizit sei wahrscheinlich ausgeschlossen. — Bemerkenswert ist, daß die Ausstellung gut besucht war.

**Kleinpflaster in Dresden.** Das Dresdner Tiefbauamt hat eingehende Versuche mit der Verwendung von Kleinpflaster gemacht. Die Versuche sind recht befriedigend ausgefallen. Allerdings in dem reinen Villenvierteln soll Asphalt-Makadam zur Verwendung kommen. Das Kleinpflaster gewinnt also immer mehr an Boden.

**Zafalksteinlager in Strzegom (Schlesien).** In Strzegom ist ein Zafalksteinlager gefunden worden. Eine dafür interessierte oberhalbliche Firma hat die Grundstücke angekauft und bereits Bohrungen vornehmen lassen. Das Steinmaterial soll von guter Qualität sein. Man muß sich nur fragen, ob denn auch genügend Abfallmaterial für die erzeugten Produkte vorhanden ist.

**Reiche Verwendung von Sandstein.** In Stuttgart wurde soeben das Gebäude der Generaldirektion der Staatsbahnen fertiggestellt. Die Hauptfassade ist aus Sandstein hergestellt, so macht mit der wichtigen Säulenverwendung einen vorzüglichen Eindruck. Am Innenbau wurde auch natürlich, sowie Kunst- und Naturmarmor verwendet. Die Arbeiten in Naturmarmor wurden von der Grafma in Wuppertal hergestellt.

**Riesbehälter aus Eisenbeton.** Im Staate Oka (Amerika) ist ein großer Wasserbehälter in Eisenbeton errichtet worden, der ein Fassungsvermögen von 2 700 000 Gallonen besitzt. Er hat einen Durchmesser von 61 Metern und in der Mitte eine Tiefe von 9,50 Metern. Die Wandungen werden von 50 Pfeilern, die radial ver-



Deutscher Böhmerwald der deutschen Buchhändler Leipzig

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig, Volkers, Zeller Straße 39, IV.

die Reaktionslehre auf sie zugeschnittene Sammlungs- und Ver-  
folgungspolitik zu treiben. Dies Urteil des christlichen General-  
sekretariats im Zentralblatt wirkt erheiternd.

Wenn nun aber in dem Bericht weiter gesagt wird, daß die  
sozialdemokratische Arbeiterbewegung so quasi den Brems-  
klotz der sozialpolitischen Gesetzgebung bildet, so kriecht dieser  
Vorwurf von einer Deutlichkeit, die nicht zu über-  
bieten ist. Die Sozialdemokratie stellt im Interesse der Arbeiter-  
klasse seit Jahrzehnten in den Parlamenten die berechtigten  
Forderungen, die bürgerlichen Parteien leh-  
nen sie ab oder die Regierungen widerlegen sich ihnen — aber  
was liegt dem Berichterstatter im Zentralblatt näher, als die-  
jenigen zu beschimpfen und zu verleumben, die diese Forderungen  
zugunsten der Arbeiter aufstellen? Es ist wenig christlich, die  
Sozialdemokratie für das verantwortlich zu machen, was ihre  
Gegner verschulden. Unvorsichtig aber ist es, daß in dem Jahres-  
bericht auf die Haltung der christlichen Arbeiterabgeordneten  
im Reichstage anlässlich der Beratungen der Reichsfinanzre-  
form und der Reichsversicherungsordnung hinge-  
wiesen und sie als müßiggänger hervorgehoben wird. Die  
Sozialdemokratie hat sich 1909 gegen die Steuerbedrückung der  
armen und ärmsten Arbeiter gewendet, hat die Interessen auch  
des letzten christlich-organisierten Arbeiters vertreten, während  
die christlichen Arbeiterabgeordneten den Volksbedrückern die  
Steigbügel gehalten haben. Genau so trieben diese es bei der  
Durchführung der Reichsversicherungsordnung, wo die Sozial-  
demokraten gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten und ihre  
Helferselber sogar Vorwürfen verteilten, die von den  
christlichen Gewerkschaften und ihren Kongressen selbst vorher auf-  
gestellt worden waren. Das kann nicht oft genug hervorgehoben  
werden. Ob die Durchführung der sozialdemokratischen Forde-  
rungen Geld gekostet hätte oder nicht, ob sie noch so beschiden  
und berechnend waren, sie wurden mit Hilfe christlicher Ge-  
werkschaftsführer niedergedrückt! Und die gleichen Leute stel-  
len sich dann hin und erklären, die sozialdemokratische Partei habe  
eine negative Politik getrieben! So oft das christliche Zentral-  
blatt diesen Vorwurf erhebt, muß es sich schon gefallen lassen, daß  
vernünftig denkende Leute diesen Vorwurf als gemeinen Schwin-  
del tiefer hängen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer brauchen ja nicht christ-  
lich handeln zu lernen, sie sollten aber wenigstens sozial Grütze im  
Kopfe haben, um die Wirkung beurteilen zu können, die solche nieder-  
trächtigen, fortgesetzt wiederholten Beschuldigungen nach sich ziehen  
müssen. Diese Wirkung zeigt sich gewerkschaftlich — und darauf  
kommt es bei Beurteilung der Vorwürfe nicht wenig an — schon  
in dem beiderseitigen Stimmverhältnis der christlichen und freien  
Gewerkschaften. Die erbärmliche Kampfesweise der christlichen Ge-  
werkschaftsführer, ihr an Mäßigkeit grenzender Haß gegen die Mil-  
lionen sozialdemokratischer Arbeiter und gegen deren Organisationen  
ist eine der Hauptursachen, daß es trotz aller aufgewandten Mühen  
mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht vorwärts gehen  
will. Dafür zeugt ganz besonders der Arbeiterverrat des Gewerk-  
vereins christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterstreik im  
Nahgebiet.

Das Zentralblatt behauptet es, daß die christlichen Bergarbeiter-  
organisationen in den Jahren 1912 und 1913 21 192 Mitglieder  
verloren haben. Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation  
durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkschafts  
verloren gingen, Verluste an Mitgliedern gehabt, relativ und pro-  
zentual aber weniger als der Gewerkverein. Verluste, wie die des  
Bergarbeiterverbands, bucht nach verlorenen Schlachten jede Or-  
ganisation. Aber das Zentralblatt ist bisher nie müde geworden,  
den Streikbruch als großen moralischen Erfolg der christlichen Ge-  
werkschaftsbewegung hinzustellen; und nun sehen wir, daß der ge-  
heime „Sieger“ mehr als ein Viertel seiner gesamten Mitglieder  
verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückschlag hätten die christ-  
lichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913  
gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungs-  
unterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschafts-  
führung als Lehrmittel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamt-  
entwicklung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre,  
sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwicklung gewaltig  
gefordert hätte. Am Jahresabschluss 1913 zählten sie 341 735 Mitglieder,  
Ende 1912 350 930 und Ende 1911 350 574 Mitglieder. Stolz braucht  
die christliche Heerführung also auf ihren gewerkschaftlichen Anhang  
nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitations-  
arbeit nicht zu sein.

Es hat eine Zeit gegeben, wo die christlichen Gewerkschaften  
bessere Laubbäume mit den freien Verbänden hielten, wie in  
den letzten Jahren. Dafür ging es früher auch schneller und leb-  
hafter mit ihnen voran; nachdem aber ein christlicher Streikbruch  
den andern jagt, ein Verrat dem andern folgt, geht es nicht mehr  
vorwärts, mag die Konjunktur gut oder schlecht sein. Vermag die  
christliche Gewerkschaftszentrale hieraus denn gar nichts zu lernen?

Die Gesamtannahmen betragen im Berichtsjahr 7 177 764 Mk.,  
davon waren reine Mitgliederbeiträge 6 308 245 Mk.; die Ausgaben  
betrugen 6 102 688 Mk. und der gesamte Vermögensbestand am  
31. Dezember 1913 belief sich auf 9 682 796 Mk. Für Streik- und  
Gewerkschaftenunterstützung wurden 989 631 Mk. ausgegeben, an  
sonstigen Unterstüßungen 1 569 007 Mk. Für Agitation wurden  
775 638 Mk. angewendet für persönliche Verwaltungsausgaben  
191 959 Mk. und für sachliche Verwaltung 304 040 Mk.; der Anteil  
der Sozialkassen betrug 1 182 429 Mk. Die Ausgaben für Verwal-  
tung und Agitation halten sich so ziemlich die Waage mit den Aus-  
gaben für Streiks und Unterstüßungszwecke.

An Streiks fanden statt:

	Anzahl		Beteiligte Personen	
	1912	1913	1912	1913
Angewandter Streik	250	234	8599	6672
Abwehrstreik	77	72	1345	1608
Ausperrungen	32	35	3180	12756

Das ist alles, was an Mitgliedern in ersten wirtschaftlichen  
Kämpfen vermisst war; die meisten Ausgesperrten — in Arrest  
und Bann — wurden so frühzeitig von den christlichen Gewerks-  
chaftsführern vom Kampfboden zurückgerufen, daß von einem wirk-  
lichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die  
abgeschlossenen Tarife, über die Zahlen nicht angegeben sind, konnten  
schon aus dem Schatten der freien Gewerkschaften miterntet  
werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen läge es mit dem  
christlichen Tarifwesen windig aus.

Sie haben keine Zeit, die Zahlen aus der freien Gewerkschafts-  
bewegung, die auf obige Zahlen Bezug nehmen, zum Vergleich her-  
anzuziehen. Das aber kann gesagt werden: Rähten sich die deut-  
schen und auch die christlich organisierten Arbeiter auf die Kämpfe  
der christlichen Gewerkschaften allein an, es läge inämmerlich mit  
ihnen aus. Man verheißt sogar wirklich, woher die christlichen  
Gewerkschaftsführer den Mut nehmen, die freien Verbände, über-  
haupt die sozialdemokratische Bewegung in solcher Weise zu be-  
kämpfen, wie es fortgesetzt geschieht. Sie haben alle Ursache, sich  
daran zu freuen, auch glücklich zu sein. Aber wie sollte man  
sagen: Wenn die Kassen nicht so geküßelt werden, wie wir es tun,  
und wie das auch im Zentralblatt fortgesetzt geschieht — lassen  
sich die christlichen Arbeiter alle zur sozialdemokratischen Be-  
wegung über?

Es kann uns reizen, an dieser Stelle die Annäherung der  
freien Gewerkschaften an die bürgerlichen Sozialreformer zu be-  
sprechen. Die christliche Reaktion hat — wie wir sehen — viel Wert  
darauf, wir nicht mehr als nötig, Redensarten haben zu lassen. Wir  
wissen, daß die bürgerlichen Sozialreformer wollen und beabsich-  
tigen, die christlichen Arbeiter, in denen beide Richtungen  
zusammenarbeiten können, aber die künftige Entwicklung der freien

Gewerkschaftsbewegung hängt von diesem Zusammenarbeiten nicht  
ab. Diese Feststellung mag dem Zentralblatt für heute genügen.  
Der Bericht ist übrigens so gewissenhaft geschrieben, daß aus jeder  
Zeile zu entnehmen ist, daß bei den Christen Kagenjammerstimmung  
eingekkehrt ist.

### Vom Verbandstag der Keramiker.

Der christliche Keramik- und Steinarbeiterverband hielt  
vorige Woche in Köln seine 6. Generalversammlung ab. Die  
Christen bleiben mit ihren Lagungen im Rheinland, denn  
anderwärts haben sie so kleine Zahlstellen, daß es wohl daran  
fehlt, die nötigen Leute zum Empfangskomitee zu stellen.  
Aus den Berichten der bürgerlichen Zeitungen geht dieses-  
mal nicht hervor, ob sich auf der Tagung auch wieder ein  
Regierungsmann oder sonstige Gönner und Freunde einge-  
funden hatten, wie dieses vor zwei Jahren in Mayen der  
Fall war. Zurzeit sollen 200 Zahlstellen vorhanden sein  
mit etwa 9000 Mitgliedern. Doch diese Zahlen sind mit Vor-  
sicht zu genießen, denn die Christen schneiden im allgemeinen  
sehr stark auf. Beispielsweise müßten sie in Sachsen nach  
den schwungvollen Artikeln, die in der Keramikarbeiterzeitung  
erschienen sind, schon einige Tausend Mitglieder in der  
Steinindustrie zählen. In Wirklichkeit haben die Christen  
in Sachsen in der Steinindustrie kaum 200 Mitglieder, unser  
Verband mußte dagegen in jenem Ländchen über 7000 Mit-  
glieder. Also, die Zahlen der Herren werden sehr gerne nach  
„oben“ abgerundet. Dem Herrn Matthias Fromm hat  
man in Köln ein Vertrauensvotum ausgestellt, angeblich,  
weil er durch die freie Gewerkschafts- sowie durch die sozial-  
demokratische Presse so verunglimpft wurde. Das Ver-  
trauensvotum kann daran nichts ändern, daß Matthias  
Fromm wegen verleumderischer Beleidigung zu 300 Mark  
Geldstrafe gegenüber dem Kollegen Staudinger seinerzeit  
verurteilt wurde. Wenn die christlichen Delegierten das Be-  
dürfnis haben, daß sie einem Manne, der wegen Verleum-  
dung bestraft wurde, das besondere Vertrauen aussprechen,  
so ist der Schluß zulässig, daß im christlichen Lager auch wei-  
terhin mit den verwerflichsten Mitteln gegenüber den freien  
Verbänden operiert wird. Uns kann zur Orientierung in  
der weiteren Agitation ein solches Verhalten nur recht sein.

Im übrigen beschäftigte man sich in Köln mit Dingen,  
die früher auf unseren Verbandstagen schon erledigt wurden,  
woraus zu schließen ist, daß die Christen unsere literarischen  
Erzeugnisse in der eingehendsten Weise studieren und daraus  
lernen wollen. Den Beweis hierfür hat früher ja ein  
christlicher Sekretär in der typischsten Weise erbracht.

Ueber Wirtschaftspolitik sprach ein Herr Dr. Wohl-  
mann aus München-Grabbach. Aus den Berich-  
ten der Zentrumszeitungen ist zu entnehmen, daß er in echter  
und rechter Weise den wirtschaftlichen Standpunkt des  
Zentrums vertrat. So schlaun sind die Herren natürlich auch,  
daß sie dabei nicht extra auf die Tätigkeit des Zentrums ver-  
weisen. Gegenüber der Konsumvereinsbewegung, soweit die  
Hamburger Richtung in Frage kommt, wurden die Mitglie-  
der scharfgemacht. Die Vereine, welche dem Zentrum nahe-  
stehen, sollen dagegen unterstützt werden. Auch die errichtete  
nationale Volksversicherung wurde dementsprechend empfoh-  
len, nur schade, daß sie bisher nur allzustark im Verborgenen  
blüht. Der Verbandstag kann trotz der vielen Worte, die  
gemacht wurden, nicht ändern, daß die Christlichen in  
der Steinindustrie kommen. Besonders wird  
die Herren  
männ die  
fluch haben  
wann die  
bringt, la  
Gerad  
Agitation  
stigen A  
weniger  
kleine  
muß r  
Effekt  
Einst  
Kein  
gabe  
51 0  
gan  
sch

Zum  
Annahme:  
1. Die gewerkschaftliche  
bar in der Richtung des Zusammenge-  
großen, leistungsfähigen Verbänden und die  
mehr als seither die Zuführung der ungelerten und  
zu den für sie zuständigen Berufs- bzw. Industrieverbänden.  
diese sich von selbst vollziehende Entwicklung durch Konferenz- oder  
Kongressbeschlüsse eingzugreifen, erweist sich so lange als unzulässig,  
als nicht durch Streitigkeiten über die Abgrenzung des Organi-  
sationsgebietes sich erste und dauernde Störungen des Zu-  
sammenwirkens der Gewerkschaften ergeben.  
2. Um ein gedeihliches Nebeneinander- und Zusammenwirken  
der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben empfohlen,  
strikte Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den  
Zentralverbänden der in Betracht kommenden Verbände abzu-  
grenzen und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agi-  
tation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammen-  
wirkens bei Lohnbewegungen mehr als bisher durch feste Bestim-  
mungen (Kartellverträge) zu regeln. Von etwa abgeschlossenen  
Kartellverträgen ist der Generalkommission durch Uebermittlung  
einer Abschrift Kenntnis zu geben.  
3. Kommen zwischen Gewerkschaften, bei denen Organisations-  
differenzen bestehen, solche Kartellverträge trotz der Vermittlung  
der Generalkommission nicht zustande, und ist die Beilegung dieser  
Differenzen für das angehörte Zusammenwirken der Gewerk-  
schaften unbedingt notwendig, so ist der Streitfall durch ein  
Schiedsgericht zu entscheiden. Das Schiedsgericht wird gebildet  
aus je drei von den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften zu  
wählenden Gewerkschaftsvertretern und einem Vorsitzenden. Von  
dem Schiedsrichter zu wählen haben. Die Mitglieder des Schieds-  
gerichts dürfen den im Streit befindlichen Gewerkschaften nicht an-  
gehören. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und  
bindend.  
4. Die lokale Anerkennung des Organisationsgebietes erheischt  
die Unterlassung jeder unzulässigen Agitation, besonders unter Hin-  
weis auf niedrigere Beiträge und höhere Unterstüßungen, die  
Zurückweisung Aufnahmeforschender, die aus andern angeschlossenen  
Verbänden ohne genügende Anmeldung und Regelung ihrer Be-  
ziehungen auswärts oder ausgeschlossen wurden, sowie die  
Unterlassung jedes Truds auf vorübergehend in andern Berufen  
tätigste Gewerkschaftsmittglieder. Die letzteren dürfen Mit-  
glieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerk-  
schaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jetzigen  
Berufs zu fügen. Eine Beschäftigung ist als eine vorübergehende

nicht zu erachten, wenn sie in ein und demselben Berufe die  
von drei Monaten überschreitet. Organisierte Arbeiter, die all-  
lich regelmäßig ununterbrochen länger als sechs Wochen zu  
und demselben Berufe übertritten, müssen sich immer der Organi-  
sation des Berufs anschließen, in dem sie arbeiten. Arbeiter,  
dauernd in zwei Berufen tätig sind, müssen von der Organisation  
des Nebenberufs angehalten werden, sich erst der Organisation  
ihres Hauptberufs anzuschließen, bevor sie in die Organisation  
des Nebenberufs aufgenommen werden können. Diese Arbeiter  
sind in ihrem Nebenberuf, soweit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse  
in Betracht kommen, den Beschäftigten der in Frage kommenden  
Organisationen zu fügen.

5. Wenn in einem Betriebe Angehörige verschiedener Berufs-  
kategorien sind, dann dürfen die einzelnen Arbeiter nur in die  
jenige Organisation aufgenommen werden, welche für ihren Beruf  
besteht. Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft, wenn  
Grund vorliegt, bestimmte begrenzter Vereinbarungen zwi-  
schen beteiligten Zentralinstanzen. Letzteres gilt auch für die  
nahmen vereinzelt beschäftigter beruflicher Arbeiter in Gemein-  
schafts- und Genossenschaftsbetrieben, sowie für Arbeiter, die  
am Orte eine Organisation ihres Berufs nicht besteht. — Ein  
einem Industriezweig für die gleichen Berufe mehrere un-  
schlossene Organisationen vorhanden, so gelten dieselben in  
auf die Gewinnung von Mitgliedern und auf die Führung von  
Lohnbewegungen als gleichberechtigt. — Es empfiehlt sich je-  
um allen aus solchen gemeinsamen Tätigkeitsgebieten leicht er-  
stehenden Reibungen vorzubeugen, für solche Konkurrenzverhältnisse  
besonders dringend, sich über alle hierbei in Betracht kommende  
Maßnahmen vorher zu verständigen.

6. Gemeinde- und Staatsbetriebe, in denen Arbeiter  
beschäftigt sind, können technisch unabhängig voneinander be-  
schäftigt werden, gelten in ihrer Gesamtheit nicht als „Betriebe“  
im Sinne der vorstehenden Bestimmungen. Für die in Gemein-  
schafts- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für  
eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation  
ständig.

7. Sofern besondere Kartellverträge über die gemeinsame  
handlung von Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen  
bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorgani-  
sationen umfassen oder Weiterungen für solche erwarten lassen,  
die betroffenen Verbände sich vorher sowohl über die Zusammen-  
setzung und Durchführung der Lohnbewegung, als auch über etwaige  
Unterstützung der Nichtorganisierten zu einigen. Bei gemeinsamen  
Streiks wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer  
Gewerkschaften an Ausständen unterstützt jede Organisation nur  
eigene Mitglieder; letzteres gilt auch für die Gewährung von  
Rechtschutz.

Die Resolution wegen der schändlichen Auslegung des  
vereinsgesetzes lautet:

Ein freies, uneingeschränktes, gegen Eingriffe aller Art  
schützes Vereins- und Versammlungsrecht ist die notwendige  
Grundlage für eine erspriechliche gewerkschaftliche Tätigkeit  
für die geistige, kulturelle und wirtschaftliche Hebung der  
Arbeiterklasse.

Neben Einschränkung, Verweigerung oder Erschwerung  
Vereinigungs- und Versammlungsrechts ist das Unterneh-  
men als Klasse, vermindert den Widerstand der von ihm ab-  
hängigen Arbeiter und Angestellten gegen Knechtung und  
beutung, verringert so den Arbeitern die Anteilnahme an den  
Kulturleistungen der Kultur; hemmt die aufklärende Tätigkeit  
Gewerkschaften über die sanitären Gefahren der Arbeit; hindert  
die Ueberwachung und den Ausbau des Arbeiterschlusses und  
wirkt, daß die Arbeiter sich nicht als gleichberechtigt fühlen.

Der Kongress erklärt:  
Die Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom Jahre 1906  
füllen die Anforderungen an ein freies Vereins- und Versam-  
lungsrecht nicht;  
insbesondere erweisen sich der gewerkschaftlichen Organisa-  
tion hindernd und schädlich:

- die Anwendung des § 3 auf gewerkschaftliche Verbände;
- die Anwendung des Verbots fremder Sprachen in Gewerkschaftsversammlungen;
- die Aufnahme von Personen unter 18 Jahren in Gewerkschaften.

Wie sie im Reichs-  
sahn auf

zulässigen  
Die Genera-  
wird beauftragt, die Han-  
zu verfolgen und alle Fälle einer  
Unternehmer, der vaterländischen gelben  
lichen Jugendvereine bevorzugen den Anwendung  
gesetzes zu sammeln und zur Erreichung eines freien Vereins-  
Versammlungsrechts zu vermerken.

### Steinbedarf.

Bürgermeisteramt in Cleve. Für die Anlegung von Bürger-  
steineinfassungen Lieferung von rund 683 Metern geraden und  
175 Metern Kurvenbordsteinen aus Basaltlava.  
Magistrat in Cuxhaven. Lieferung von 205 II. etwa  
150 Meter gerade und 50 Meter gekrümmte Bordsteine aus  
rit, Dolomit oder einem anderen Gestein ähnlicher Beschaffenheit  
Magistrat in Johannisburg in Ostpreußen. Lieferung  
von 820 Kubilmeter Pflastersteinen.  
Regierungsbaumeister Wendler in Dessau. Stein-  
arbeiten zum Neubau des zweiten staatlichen Verwaltungsgebäude  
in der Bismarckstraße.  
Großh. Bahnspektion III in Karlsruhe. 1000  
Eisenbahngrenzsteine.  
Bürgermeisteramt in Meß. Lieferung von 50 Tonnen  
gen und 150 Tonnen weichen (grauen) Mosait-Natursteinen  
Beschäftigung von Bürgersteigen.  
Postbauamt in Saarburg (Lothringen). Zum  
hausneubau in Saarburg (Lothringen): Steinmeharbeiten,  
anschlag zu rund 13 000 Mk.  
Postbauinspektion in Saargemünd. 205 III. Eisen-  
hauerarbeiten für den Neubau eines Amtsgefängnisses in  
bach i. L.  
Großhauamt Bremen. Werksteinarbeiten für eine  
sige Volkshäule.  
Der Bedarf an Pflastersteinen ist zurzeit gerade kein  
großer, auch sind keine bedeutenden Ausschreibungen in  
arbeiten zu melden.

Klasse zu Heben, wurde einstimmig angenommen. Diesem Beschluß haben sich alle Kollegen zu fügen. Dem Kollegen Diehl wurden aus der Lokalkasse 10 Mk. bewilligt, nachdem er Invalid geworden ist. Als Bibliothekar wurde Kollege Kitz gewählt, desgleichen wurde ihm die Anwartschaft eines Regals zur Aufbewahrung der Bücher aus Lokalmitteln gewährt. Zugleich wollen wir nicht vergessen, dem Kollegen Aug. Alert für seine bisherige Tätigkeit als Vorsitzender den besten Dank auszusprechen. Mit Ruhe und Besonnenheit, mit fester Kraft hat er die Geschäfte der Zahlstelle während der Lohnbewegung und auch nachher zu leiten gewußt.

**Kommuniz (Kaufst.)** Am 4. Juli tagte im Gasthaus zum Kronprinz eine Steinarbeiterversammlung, welche einen guten Besuch zeigte. Als Referent war Kollege Ekininger anwesend. Er behandelte eingehend das Thema, die Bestrebungen der Arbeitgeberverbände gegen die Arbeiterschaft. Beim nächsten Punkte behandelte er die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, was ja für uns von großem Werte ist, indem unsere Kollegen noch nicht so taktvoll sind. Sie denken, daß hier keine Arbeitslosigkeit eintreten könnte. Man wird es eben nicht eher merken, bis man das Bündel schnüren muß. Ekininger bemerkte, daß man den Arbeitslosen von keiner andern Seite aus Unterstützung gewäre. Somit seien die Gewerkschaften hierzu verpflichtet. Die Debatte wurde in dem Sinne geführt, daß die Kollegen alles aufbieten, damit am Orte eine Mitgliederzunahme eintritt. Wenn die Kollegen gesonnen sind, in der Kleinagitation ihre Pflicht zu tun, so können wir auf Zunahme ebenfalls noch rechnen. Wir haben in der gesamten Oberlausitz innerhalb einiger Jahre großes in der Organisationsarbeit geleistet, das zeigen die Zahlstellen, welche im Organisationsgebiet gegründet wurden, desgleichen die großen Zunahmen an Mitgliedern und nicht zu vergessen, es ist gelungen, so aus dem Nichts einen Tarifvertrag zu schaffen. Der Steinarbeiterverband kann sich somit seiner geleisteten Arbeit sehr freuen lassen. Wenn es auch noch da und dort Mängel gibt, die glauben, es sei nicht alles am Schnürchen gegangen, so müssen wir jene Leute eben reden lassen. Ein großer Teil der Kollegen hat aber eingesehen, daß sich unter dem Tarifverhältnis die beruflichen Zustände wesentlich gebessert haben.

**Kleinrinderfeld.** In keinem Betriebe des unterfränkischen Rastfeldgebietes kommt es so häufig zu Differenzen, wie bei der Firma Rühl u. Hefke. Der Beamtenwechsel bei der Firma ist ein außergewöhnlich großer. Jeder Polier, Bruchmeister oder Geschäftsführer glaubt scheinbar, sich eine künftige Stellung im Geschäft zu verschaffen, wenn sie gegen die Arbeiter größtmöglichst rücksichtslos vorgehen. Seit einigen Wochen fungiert als Geschäftsführer ein Herr Strohhack. Dieser Mann sieht seine Hauptaufgabe darin, fortgesetzt neue Arbeits- und Entlohnungsmethoden bei den Arbeitern und Brechern einzuführen; die auf weiter nichts als auf eine Verbilligung der Rohmaterialgewinnung auf Kosten der Arbeiter hinausgehen. Vor kurzem nahm der Herr bei den Hilfsarbeitern (Räumern) eine Lohnreduzierung vor, die allerdings durch Eingreifen der Brecher illusorisch gemacht wurde. Aus Wut darüber, entließ er dann die am längsten im Geschäft tätigen Brecher mit der Begründung, „er wolle sich jetzt einmal Ruhe einstellen, die mit allem zufrieden sind“. Als sich die entlassenen Kollegen gegen ihre Maßregelung wandten, entließ dann der Mann sämtliche Brecher. Die Firma scheint somit keine Brecher zu gebrauchen, und ersuchen wir sämtliche Berufs-Kollegen, den Betrieb strengstens zu meiden.

**Neusäß.** Am 5. Juli fand in Reiskof unsere Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Die Abrechnung wurde von den Revisoren geprüft und für gut befunden. Es wurde hierauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Kritisiert wurde, daß Vorstand und Kassierer abreisen und dabei die nötigen Wahlen nicht veranstalteten. Die Kollegen sind der Meinung, daß in dieser Hinsicht mehr Ordnung herrschen sollte. Ferner wurde gerügt, daß die Firma Teile den Betrieb in Neusäß eingestellt hat, die Kollegen mußten abreisen. Die Plastererarbeiten mögen davon Kenntnis nehmen, damit nicht unvorsichtige Meister unterkommen werden. Die Arbeitslosigkeit ist im Schwarzwald zurzeit keine gute. Die Kollegen wurden auf die pünktliche Zahlung der Beiträge hingewiesen. Reklamen sollen sogleich aufgesucht werden, damit uns keine Mitgliederverluste eintreten.

**Nürnberg.** Hier fand am 20. Juni eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Neben das Thema: Die Entwicklung der Steinindustrie sprach Kollege Alois Staudinger. Im ersten Teil gab der Redner in großen Zügen einen geschichtlichen Abriss darüber, wie in früheren Zeitperioden der Naturstein Verwendung fand, so bei den Ägyptern, Griechen und Römern. Die letzteren gingen schon daran, den Marmor sogar in sehr erheblicher Weise zu fügen. In Deutschland wurden besonders unter Karl dem Großen in großer Zahl Kloster- und Kirchenbauten hergestellt, wozu der romanische und gotische Stil so recht auf den Naturstein zugeschnitten. Besonders kamen die Sandsteine zu einer reichlichen Verwendung. Im die gotischen Arbeiten herstellen zu können, hat es unter den Steinmetzen früher seltener Künstler gegeben. Nun schildert Redner den derzeitigen Stand der deutschen Steinindustrie mit besonderer Berücksichtigung des Steinmetzgewerbes. Dabei geht er besonders auch auf die Nürnberger Verhältnisse ein, die ja der Redner aus seiner früheren hiesigen Tätigkeit als Steinmetz selbst kannte. Die neue Friedhofsanlage bringe dem Steinmetzen in den weichen Gesteinsarten wieder mehr Beschäftigung, das zeige am besten der Münchener Bahnhofsplatz. Große Bauten werden heute noch sehr viel hergestellt. Jede Stadt gibt davon Zeugnis, aber leider sind reichgegliederte Fassaden zu einer Seltenheit geworden. Was speziell die Sandsteinindustrie anlangt, ist ein weiteres Sinken wohl jetzt ausgeschlossen. Auch die internationale Bauausstellung wurde mit ihren Ergebnissen vergleichsweise herangezogen. Der Vortrag fand großen Beifall. Kollege Kitz als Vorleser sprach sich dahin aus, daß der Vortrag in jeder Weise mustergültig war. Es sei das Wissenschaftliche mit dem Populären in recht geschickter Weise verbunden worden. Auch er verweist darauf, daß uns viele Nürnberger Bauten einen recht eindringlichen Gesichtspunktunterricht in der Behandlung der Steinarchitektur geben.

**Pöten.** Unsere Versammlung tagte am 2. Juli. Zum ersten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Franke den Bericht über den Verbandstag. Sein der Arbeitslosenversicherung gewidmetes Referat wurde heifällig aufgenommen. Unter Punkt Verhältnisse stellte es sich heraus, daß Herr Wötter sich immer noch nicht daran gewöhnen kann, den tatsächlich festgesetzten Lohn zu bezahlen. Scharf beurteilt wurde das Ueberstundennachgeben. Auch werden die Zuschläge nicht richtig bezahlt. In Pöten muß noch manches getan werden, damit die Zustände geordnet werden. Die Kollegen sehen dieses auch ein, es soll in erster Linie darauf hingewirkt werden, daß die Bundesratsverordnung glücklich eingehalten wird. Nach Erledigung einiger dringlichen Angelegenheiten erfolgte Schluß der außerordentlichen Versammlung.

**Uebertingen am Bodensee.** Zur Zeit werden am hiesigen Münster Umbauarbeiten vorgenommen. Man sollte doch meinen, daß bei derartigen Arbeiten richtig nach den Vorschriften der Bundesratsverordnung gearbeitet werden sollte. Aber weit gefehlt. Anstatt daß man anseherig des Münters richtige Steinbauverfahren mit guter Ventilation errichtet hätte, müssen die Steinbauer im Münster arbeiten. Der Staub, welcher entsteht, bleibt sozusagen gerade in der Luft stehen, aus dem einfacher Grunde, weil keine genügende Ventilation vorhanden ist. In der vergangenen Woche hatte ein Steinbauer die ganze Woche hindurch fast lauter kleine Steine zu bearbeiten, und es war demnach die Kubikmeterzahl nicht die gleiche wie bei den andern Arbeitern. Man sollte nun meinen, daß die Bauleitung derartige Arbeiten vermeiden würde; aber weit gefehlt. Es wurde dem Kollegen zum Vorwurf gemacht, daß er nicht genügend gearbeitet hätte, trotzdem derselbe seine Schuldigkeit getan hatte. Den älteren Arbeitern wurde am Anfang, als die Bauhütte errichtet wurde, von der Bauleitung gesagt, bei ihm brauchten sie sich nicht so abzufragen wie bei andern Arbeitern, und deshalb hat jeder Arbeiter

geschloß, es würde wenigstens so gearbeitet, wie es bei derartigen Arbeiten üblich ist. Man höre aber und laune. Gerade das Gegenteil davon ist eingetreten. Wie kommt dies aber? Bei Aufstellung der Offerte hat man für die Steinbauerarbeiten einen geringen Preis eingereicht und nun wird jedwede dieser Preis wesentlich überschritten. Die Renovierungsarbeiten am hiesigen Münster hätten ursprünglich an die hiesigen Maurer- und Steinbauermeister vergeben werden sollen; da diese aber ein bedeutend höheres Angebot eingereicht hatten, als von der Bauleitung aufgestellt wurde, so hat natürlich die Bauleitung mit samt dem hiesigen Stiftungsrat den in Frage kommenden Meistern die Arbeit nicht gegeben und führt diese jetzt selbst aus. Abgesehen davon, daß in einem solchen Bause, welcher beinahe hausförmig ist, nicht gearbeitet werden soll, haben die Steinbauer ihre Plätze sogar an den gefährlichsten Stellen. Es wäre Sache der Ortsbehörde und der Unfallversicherung, derartige Mißstände aufzuheben.

**Burgen.** In dem Schotterbetrieb des Herrn Worch in Schöna bilden sich recht sonderbare Verhältnisse heraus. Anfangs Juni legten die Kollegen genannten Betriebes infolge einiger Lohnhöhen die Arbeit nieder, was sich aber durch fünf Tage Streik regeln ließ. Aber schon die zweite Woche nach diesem fing Herr Worch an, Auslese unter seinen Arbeitern zu halten. Auch die letzte Woche hat er wieder den Kollegen Grau ohne irgendwelchen Grund entlassen. Diese Maßnahme des Herrn Worch verstehen wir wohl, denn er versucht damit, sich die unliebiamen Kollegen aus dem Betriebe zu entfernen, und an dessen Stelle Polen heranzuholen, wie er dies bereits schon getan hat. Wir werden aber dieser Maßnahme des Herrn Worch unser größtes Augenmerk schenken. Es ist in letzter Zeit soweit gekommen, daß sich sein Aufseher an Arbeitern kühnlich vergreifen hat, was ihm aber nicht ganz gut bekommen ist. Wenn der Unternehmer in diesem Falle zu seinem Aufseher den Ausbruch gebraucht haben soll, als wie: „Kommen Sie ihn denn nicht tüchtig verjagen? Und wir der Meinung, daß es um diesen Betrieb schon schlecht bestellt sein muß. Man muß sich aber auch die Frage vorlegen, wie so etwas im kultivierten Deutschland noch möglich sein kann. Es ist aber auch nur auf die Unfähigkeit der Arbeiter zurückzuführen, daß dies Verjagen nicht schon einmal umgedeutet gewesen ist. Herr Worch hätte vielmehr auf Grund der letzten Unfälle darauf zu achten, daß die Arbeiterverbandsbestimmungen in seinem Betriebe besser durchgeführt würden. Hier möchten wir aber auch der Gewerbeinspektion zu Torgau empfehlen, diesen Betrieb recht gründlich zu kontrollieren.

## Rundschau.

**Hauptversammlung der Zement- und Kunststeinfabrikanten.** In Köln trat am 22. August die Hauptversammlung der vorgenannten Gruppen zusammen. Unsere Leser wird es interessieren, wenn wir die Tagesordnung, welche zur Beratung steht, bekannt geben, weil man daraus erfahren kann, wie raffiniert die Zement- und Kunststeinfabrikanten für ihre Erzeugnisse Propaganda machen. Es kommen zur Beratung:

1. Lehrreiche Fälle aus dem Verbindungswesen.
2. Zementfragen. (Die Syndikatsgestaltung. — Die neuen Lieferungsbedingungen. — Bekannt gewordene Streitfälle. — Technische Fortschritte. — Usw.)
3. Die Eisenarmierung. (Die neuen Bestimmungen über die Eisenanspruchung. — Die Vorschriften einzelner Bauämter. — Die Ansichten über die Eisenformen. — Die Lieferfristen.)
4. Der Heilmittel. (Die gegenwärtige Situation. — Erfolge des Verbandes.)
5. Friedhofsanlage. (Die heutige Bedeutung des Betonwerkstoffes für die Friedhofsanlage. — Erfolge des Zentralverbandes.)
6. Normen für Zementwaren. (Sind Normen für Zementwaren notwendig? — Wie wären sie zweckmäßig zu gestalten? Was ist bis heute geschehen?)
7. Bruchschäden beim Transport von Zementwaren. (Die Erfahrungen der Praxis. — Die Wünsche der Zementwarenindustrie.)
8. Der Wert von Schutzrechten für Zementwaren. (Patente und Musterrecht.)
9. Die Treppenstufen-Bewendung. (Maßnahmen zu ihrer Förderung.)
10. Zementrohr-Fragen. (Die verschiedenen Fabrikationsarten. — Geschlammte oder ungeschlammte Rohre? — Die Muffenbildung. — Maße für Druckleitungen. — Mitteilungen über Zementrohr-Bewendung.)
11. Zementplatten und Granitoidplatten. (Ihre Fabrikation und Verwendung. — Technische Neuerungen.)
12. Zementfarben. (Die Farbenfrage in der Dachsteinindustrie und in der Terrazzoabstrich. — Die Farbenprüfung. — Bericht der Farben-Kommission.)
13. Nietenlose Gitterträger. (Ihre Verwendung in der Zementindustrie.)
14. Neuerungen an Maschinen und Formen. — Neuanwendungen von Zementwaren und Kunststein-erzeugnissen. (Allgemeiner Überblick. — Spezielle Besprechung der Schneeschubwagen für Bahnhöfe, sowie der Dampferhärtung für Zementwaren.)
15. Untersuchungsergebnisse aus der Zementwaren- und Kunststeinpraxis. (Bericht des Verbandeslaboratoriums.)
16. Kaufmännische Winke für die Praxis. (Zweckmäßige Ausgestaltung der Preislisten, der Angebote, Lieferfristen usw.)
17. Verschiedenes.

Wir müssen betonen, daß die Tagesordnung mit großem Geschick zusammengestellt ist. Ein schwerer Bauunfall hat sich auf dem Neubau einer Villa an der Berliner Heerstraße zugegetragen. Der auf einem Gerüst in der Höhe des zweiten Stockwerks arbeitende Steinmetz Otto Franz aus der Sparstraße 21 in Berlin, trat fehl und stürzte ab. In dem gleichen Augenblicke hatte sich genau über ihm ein schwerer Steinblock, der eben emporgerunden worden war, aus der Schlinge gelöst und fiel in die Tiefe. Nicht neben dem mehrere Zentner schweren Steinblock fiel er auf den Erdboden nieder. Franz erlitt bei dem Sturz eine Verletzung des Rückgrats und mußte nach dem Krankenhause geschafft werden. Seine Verletzung ist recht schwer.

**Schwerer Unfall.** In Neisa verunglückte der Steinmetz Aug. Badurck, indem ihn beim Aufhängen die Zangenwickel niederbrückte und er dabei so unglücklich fiel, daß er sich schwere Verletzungen zuzog.

**Zur Lage der Steinbruchbetriebe im Bezirk Halle a. S.** Die allgemeine Geschäftsfrage hat sich nach Mitteilung der Handelskammer Halle a. S. etwas gebessert, was wohl zum Teil den Behörden zu verdanken ist, die jetzt mehr „einheimisches“ Material wie früher sächsisches Material beziehen. Nach Meinung der Beteiligten wäre noch größerer Absatz vorhanden, wenn die Behörden ganz allgemein so verfahren würden. Die Preise sind noch dieselben. Noch immer wird beklagt, daß nicht eine Frachtmäßigung auf Nordsteine, Schuttsteine uim., welche auch zu Straßenbauten dienen, stattgefunden hat. Klempflastersteine und Schotter finden verhältnismäßig guten Absatz. In Preußen will man aufhören daran gehen, daß sächsisches Material vom Bezug überhaupt auszuschließen. Das sind ja nette Perspektiven, wenn die einzelnen Bundesstaaten schon so lieblos untereinander vorgehen. Der sächsische Kunststeinindustrie würde ein solches Verfahren sehr von Schaden sein. Als Arbeiter protestieren wir, daß man in Preußen so engherzig verfahren will.

Große Straßenpflasterungen sind in Leipzig geplant. Es wurde das Rotprojekt, mit einer Million Mark im Anschlag, durch die Stadtverordneten genehmigt. In Leipzig wird allerdings sehr viel Schlackenpflaster verwendet, denn die Stadt ist an dem bekannten Kupferbergwerk in Mansfeld finanziell sehr interessiert.

**Arbeitslöhne im Bezirk Carrara.** Aus einer amtlichen Zusammenstellung über die Arbeitslöhne im Bezirk Carrara (Italien) entnehmen wir folgendes:

In den 777 Steinbrüchen sind beschäftigt:	Täglicher Durchschnittsverdienst (in Frank)	Carrara	Verfilia
Auffeher . . . . .	740 . . . . .	4.00—7.00	4.00—5.00
Steinbrecher . . . . .	3640 . . . . .	3.90—5.50	3.60—5.00
Zubehörer u. Handlanger . . . . .	2768 . . . . .	3.40—3.90	3.20—3.80
Hilfsarbeiter . . . . .	3123 . . . . .	2.85—3.40	2.30—3.20
Handlanger . . . . .	125 . . . . .	2.50—4.00	2.00—3.00
Mauermeister . . . . .	95 . . . . .	3.50—5.00	3.30—4.50
Raschneijäger . . . . .	200 . . . . .	3.50—5.00	3.00—4.00
Lehrlinge . . . . .	482 . . . . .	0.80—1.50	0.70—1.40

Auf den Werkplätzen in den Brüchen sind beschäftigt:

Polierer . . . . .	180 . . . . .	6.00—12.00	4.50—9.00
Zubehörer . . . . .	580 . . . . .	4.00—5.00	3.40—4.00
Hilfsarbeiter . . . . .	398 . . . . .	3.10—4.00	2.50—3.50

In den Betriebswerkstätten sind beschäftigt (insgesamt 2800 Personen):

Bildhauer . . . . .	8.00—12.00	6.00—10.00
Ornamenter . . . . .	6.00—9.00	5.00—7.00
Handbohrer . . . . .	3.50—5.00	3.00—4.00
Bohrer mit pneumat. Hammer . . . . .	4.00—6.00	3.50—4.50
Steinhauer . . . . .	3.40—4.50	2.80—4.00
Polierer . . . . .	2.50—3.50	2.30—3.00

Es ergibt sich somit, daß in Carrara, also im zentralen Steinbruchgebiet, die Löhne etwas höher sind als in Verfilia. Leider sind die Arbeiter nicht zentralorganisiert, sie gehören einer Lokalorganisation an. — Im allgemeinen müssen aber die Löhne als recht ungenügend bezeichnet werden. Schade, daß man aus der Statistik nicht die Zahl derjenigen erfahren kann, welche mit pneumatischen Werkzeugen arbeiten.

**Arbeit für den Staatsanwalt.** Zurzeit wittern die Behörden hinter jeder Handlung organisierter Arbeiter schwarze Pläne. Die Hege gegen das Koalitionsrecht wird von den Unternehmern damit begründet, daß die organisierten Arbeiter die Nichtorganisierten in jeder Weise terrorisieren und brotlos machen. Wer rigoros und rücksichtslos vorgeht, dafür gibt ein dem Vormarsch zugesandter Urriatsbrief wieder genügend Beweis. Er lautet:

**Reichsverband für das Steinsege-, Plasterer- und Straßenbau-Gewerbe (E. V.)**  
Postfachkonto Leipzig 9155. Fernsprecher 7703.  
Leipzig-Gohlis, Datum des Poststempels.  
Landesberger Straße 82.  
Sehr geehrter Herr Kollege!

Die auf beiliegender Liste verzeichneten Steinseger und Hammer sind von dem Reichsverbands-Mitgliedern auf keinen Fall einzustellen. Sollte dies bereits geschehen sein, so sind dieselben sofort zu entlassen. Im Interesse der gegenseitigen Unterstützung der Arbeitgeber wird erwartet, daß vorstehendem Ersuchen strikte nachgekommen wird.  
Mit kollegialem Gruß!  
**Reichsverband für das Steinsege-, Plasterer- und Straßenbau-Gewerbe (E. V.)**  
Dito G h w a b a h, Vorsitzender.  
E n t s a b e r g e r, Geschäftsführer.

Diesem Schreiben ist eine Liste beigelegt, die die Namen, die Wohnung und das Geburtsdatum von 18 streikenden Steinsegern enthält. Die Unternehmer legen sich also gar keinen Zwang auf. Vor einer Bestrafung scheinen sie sich ziemlich sicher zu fühlen. Was würde geschehen, wenn Arbeiter so vorgehen würden?  
Die Streikverordnung der sächsischen Regierung. Die sächsische Regierung hat infolge der vielen Protesten, die ihre Streikverordnung hervorgerufen hat, jetzt eine ausführliche Erklärung in der amtlichen Leipziger Zeitung veröffentlicht. Diese Erklärung ist voll merkwürdiger Widersprüche. Unumwunden muß sie zugeben, daß das freie Koalitionsrecht eine notwendige Waffe sei, die beiden Parteien in voller Parität gewährt werden müsse, und daß zu dem freien Koalitionsrecht an sich auch das Streikpostenrecht gehöre, das nach dem geltenden Recht nicht verboten sei. Ferner muß sie gestehen, daß das friedliche Einwirken von Streikposten auf solche, die sich nicht an einem Lohnkampf beteiligen, nach der Reichsgesetzgebung zulässig sei. Nichtsdestoweniger statet sie die Polizeibehörden in der Streikverordnung mit Befugnissen aus, die jedes Streikpostenrecht verhindern können, zum Beispiel wenn Personen laut der Erklärung öffentlich ausgesprochen oder auch nur erkennbaren Willen öffentlich ausgesprochen und augensfällig begleitet werden, oder wenn eine unmittelbare Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu erwarten ist. Das heißt doch nichts anderes, als die Streikposten vollständig von der Gnade der Polizei abhängig machen. Der Streikordnung gewährt also den Arbeitern das Streikpostenrecht, nur dürfen sie davon keinen Gebrauch machen.

**Dreißt.** Die Wiener Steinmetzen, die recht schlecht entlohnt sind, streiken seit einigen Wochen. Der „Deutsche Steinbildhauer“ bringt darüber nun einen recht verlogenen Bericht. In einer Stelle heißt es: „Den Herren Steinmetzen scheint das Privatleben auf Streikfondstufen besser zu behagen.“ Eine solche Beschimpfung richtet sich von selbst. Im Unternehmerlager ist man eben darüber enttäuscht, wenn sich die Arbeiter nicht alles bieten lassen.

**Großes Verwaltungsgebäude.** Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte errichtet am Fehrbelliner Platz in Berlin-Wilmersdorf ein großes Verwaltungsgebäude, in dem nicht weniger als 3000 Beamte unterzubringen sind. — Die gesamten Baukosten betragen 7½ Millionen Mark.

**Defizit der Jba.** Durch verschiedene Blätter geht die Mitteilung, daß die internationale Bauausstellung, die 1913 in Leipzig stattfand, mit einem Defizit von 553 000 Mk. abgeschlossen hätte. Die Jba-Direktion teilt nun mit, daß die Abrechnungen noch nicht beendet seien, ein Defizit sei wahrscheinlich ausgeschlossen. — Bemerkenswert ist, daß die Ausstellung gut besucht war.

**Klempflaster in Dresden.** Das Dresdner Tiefbauamt hat ertragende Versuche mit der Verwendung von Klempflaster gemacht. Die Versuche sind recht befriedigend ausgefallen. Allerdings in den reinen Billendierten soll Asphalt-Maladam zur Verwendung kommen. Das Klempflaster gewinnt also immer mehr an Boden.

**Asphaltsteinlager in Werngrün (Schlesien).** In Werngrün ist ein Asphaltsteinlager gefunden worden. Eine dafür interessierte oberösterreichische Firma hat die Grundstücke angekauft und bereits Verhandlungen vornehmen lassen. Das Steinmaterial soll von guter Qualität sein. Man muß sich nur fragen, ob denn auch genügend Absatzmöglichkeit für die erzeugten Produkte vorhanden ist.

**Reiche Verwendung von Sandstein.** In Stuttgart wurde soeben das Gebäude der Generaldirektion der Staatsbahnen fertiggestellt. Die Hauptfassade ist aus Sandstein hergestellt, sie macht mit der wichtigen Säulenverwendung einen vorzüglichen Eindruck. Im Innern wurde auch natürlich, sowie Kunst- und Marmor verwendet. Die Arbeiter in Naturmarmor wurden von Grajma in Wunsiedel hergestellt.

**Riesenbehälter aus Eisenblech.** Im Staate Olla (Amerika) ist ein großer Behälter in Eisenblech errichtet worden, der ein Fassungsvermögen von 2 700 000 Sekstilitern besitzt. Er hat einen Durchmesser von 61 Metern und in der Mitte eine Tiefe von 9,50 Metern. Die Bandungen werden von 50 Pfeilern, die radial ver-

teilt sind, getragen und bilden dieselben, da sie zwischen den Pfeilern geradlinig gespannt sind, ein 50seitiges Viereck. Die Verbindung zwischen Seitenwand und Boden ist nicht rechtwinklig, sondern in einer Entfernung von 3 Metern unter dem Wasserpiegel in einer Richtung von 45 Grad. Dieser Winkel & Meter breite Heberung aus der vertikalen in die horizontale Richtung ermöglicht eine außerordentlich günstige Verteilung des Wasserdrucks und damit auch eine vorteilhafte Dimensionierung.

Vom Submissionswesen. In Posen waren für das Eichamt die Sockelverbindungen und die übrigen Steinarbeiten zu vergeben. Es gingen folgende Angebote ein:

Seidler & Wimmel, Puzslau:	
Madwiger Sandstein	8006.48 Mk.
Wagwiger Sandstein	0400. — "
Heuschauer Sandstein	10600. — "
Kriegerdorfer Sandstein	12750. — "
Bräntlicher Muschelkalkstein	11875. — "
Nigal, Breslau:	
Deumannsdorfer Sandstein	8496.60 "
Heuschauer Sandstein	9346.25 "
Hörster, Miesitz:	
Deummler Stein	8353.70 "
Cottaer Sandstein	7085. — "
Deutsche Steinwerke G. Betzer, Berlin:	
Decker Unterfränkischer Muschelkalkstein	10262. — "
Dunkler Unterfränkischer Muschelkalkstein	9907.95 "
Grauer Kronacher oder gelber Bamberger Sandstein	7193.37 "
Sodenauer Sandstein	6796.73 "
Kürzel & Pilsner, Breslau:	
Sodenauer Sandstein	8239.90 "
Kaisersteinbruch A.-G., Berlin:	
Preussischer Sandstein	8091.15 "
Sachsenmer Sandstein	11345.55 "
Graubüchelbrunner Muschelkalkstein	13350.88 "

Um die Arbeiten haben sich dann noch weitere sechs Firmen beworben. Es ist sehr auffällig, daß bei einem so kleinen Objekt eine so scharfe Konkurrenz zu verzeichnen war.

### Literarisches.

Von der Neuen Zeit ist jedoch das 15. Heft vom 2. Band des 32. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: *Zur jüdischen Literatur*! — Massendemonstrationen vor Gericht. Von A. Kaurisch. Nationalismus und Klassenkampf in Hollandisch-Indien. Von C. F. C. Doumes-Letter. — Die deutschen Gewerkschaften und ihr Kongreß. Von Adolf Braun. — Neue Tendenzen in der englischen Arbeiterbewegung. Von August Kai (London). — Eine Studie über italienische Kolonialpolitik. Von Edo Oberg. — Der argentinische Parteitag. Von W. Thießen (La Plata). — Angelegen.

Revue: Anton Tschakoff. Von Dr. Ida Kretsch. — Literarisches Handbuch: Emilia Klenow, Zur Soziologie des Kino. Von Fritz Glauer. — Christian Stann, Lehrjahre in der Gasse. Von Hermann Wendel. — Zeitschriftenchau. Von a. s.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Zeitschrift zum 50jährigen Bestehen des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend, e. G. m. b. H. Der Konsumverein für Magdeburg und Umgegend wurde am 11. April 1864 gegründet und hat im Laufe der fünfzig Jahre seines Bestehens mancherlei Schwierigkeiten überwinden, mancherlei gegnerische Angriffe in schweren Kämpfen abwehren müssen. Trotz der Schwierigkeiten des Aufstiegs hat er sich glänzend entwickelt und zählt heute zu den größten Konsumvereinsvereinen Deutschlands. Die Zeitschrift, die von dem Genossen Redakteur Ernst Dittmann und Geschäftsführer Paul Hoffmann verfaßt wurde, gibt ein anschauliches Bild von dem Werden und Wachsen des Vereins. Zahlreiche wohlgelungene Bilder unterstützen wirksam den Text. Aus der Zeitschrift geht hervor, daß in Magdeburg die Konsumvereinsbewegung seit veranfert ist. Die Leitung scheint in großzügiger Weise zu arbeiten.

### Quittung.

Vom 1. bis mit 11. Juli gingen bei der Hauptkassa folgende Gelder ein:

Artern 1.20.	Leipzig 150.—	Wiesenburg 208.79.	Müders 62.21.
Döbeln 192.83.	Wölflingen 12.55.	Naumburg 42.—	Wittweide 726.38.
Mittelsteine 11.95.	Münster i. Westf. 58.75.	Sangerhausen 157.50.	Königs-Lutter 163.41.
Hafferode 679.50.	Hall 82.87.	Höpfingen 77.63.	Einbeck 203.26.
Danzig 43.38.	Darmstadt 34.50.	Gröflich 82.64.	Salzungen 6.—
Berlin 4158.68.	Büßow 237.22.	Bayreuth 88.70.	Bonn 32.25.
Berlin 41.48.	Amorbach 38.90.	Deumannsdorf 10.23.	Alsteden 265.85.
Bremen 248.25.	Brandenburg 62.—	Beuthen 64.64.	Bernburg 53.25.
Chemnitz 210.—	Reburg 121.37.	Deumannsdorf 36.47.	Danzig 11.—
Düsseldorf 224.15.	Ebersdorf 170.16.	Erfurt 314.75.	Ebensteilen 146.70.
Elberfeld 254.15.	Edarshausen 9.—	Faulbach 84.—	Hall 29.25.
Heinrichsdorf 75.—	Sohlentzen 149.10.	Serrnhöhe 256.43.	Höflich 67.92.
Häselich 453.34.	Jannowitz 246.31.	Kupferdreh 64.50.	Kügberg 57.40.
Kiel 13.25.	Kirchhausen 496.30.	Kiel 81.15.	Krenzsch 45.94.
Kamenz 167.25.	Wied 4.—	Wüstenberg 252.44.	Unter 37.50.
Leipzig II 138.49.	Wittenberg 43.52.	Münnerhadt 126.22.	Weißen I 200.11.
Weißen II 206.25.	Wannheim 625.95.	Wühlhausen (Zür.) 475.66.	Obernörlan 72.24.
Kößbach 257.14.	Küders 43.50.	Kösch 219.23.	Reiffenhausen 62.00.
Speyer 35.25.	Seyda 54.75.	Schöpsch 250.48.	Saarbrücken 234.02.
Strefflen 299.93.	Strödel 217.—	Steinach 492.75.	Ulm 147.32.
Untergruppenbach 62.88.	Schneidling 147.57.	Schleiburg 6.—	Solligshagen 618.35.
Zwickau 71.75.	Halberstadt 240.	Huboldshadt 170.	Jorek 251.
Siebles 150.	Gary 5.20.	Waldenburg 8.70.	Reudersburg 0.90.
Salzwerk 15.—	Friedberg 8.—	Gommern 2464.—	Waldshut 123.40.
Treuschlingen 263.94.	Treuen 317.13.	Steinberg 27.78.	Strödel 200.75.
Sulzfeld 156.—	Reinheim 117.28.	Weyden 1.45.	Döbeln 53.12.
Süplingen 32.98.	Nördlingen 192.50.	Reppach 155.20.	Reg 353.20.
Rainz 516.56.	Wittweide 447.25.	Winkelstein 475.53.	Leipzig I 741.97.
Lutter 100.70.	Lößnitz 141.31.	Kamenz 614.73.	Kaiserhauer 144.77.
Kirchhausen 267.50.	Kirchh. 202.06.	Königsberg 260.07.	Pornberg 120.—
Perleberg 12.50.	Perleberg 12.50.	Höflich (Odenw.) 105.30.	Halberstadt 20.10.
Perleberg 12.50.	Perleberg 12.50.	Goldberg 114.98.	Gröflich 128.24.
Seyda 153.56.	Frankfurt a. M. 863.84.	Kreuzburg 55.—	Elbehadt 192.23.
Chriestdorf 73.30.	Erstein 109.—	Essen 32.70.	Hilfing 220.20.
Derr-Annaberg 430.62.	Leitersdorf 291.96.	Deßau 7422.	Döbeln 50.—
Derburg 54.15.	Essa II 304.72.	Göbers 26.—	Deßau 393.38.
Derburg 166.46.	Brandenburg 17.—	Bremen 0.50.	Alsteden 275.25.
Ansbach 33.90.	Leipzig 65.60.	Reg 23.—	Treuschlingen 7.50.
Leipzig I 235.33.	Ludwig Seif, Kassierer.		

Geldentnahmen für die Hauptkassa sind nur an den Kassierer Ludwig Seif, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV, zu erledigen. Bei jeder Sendung ist auf dem Postamt ein Brief anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

### Allgemeine Bekannmachungen.

Der Kollege Joseph Jagdhuber gen. Schwarzer, wo steht? Es ist der Kollege Joseph Jagdhuber, w. Schneberg (Erzgeb.), Kirchplatz 519.

Bayreuth. Die Reiseunterstützung wird in der Zeit von 12—1/2 Uhr mittags und von 6—7 Uhr abends beim Vertrauensmann Wolfgang Fischer, Wörthstraße 12 1/2, ausgehändigt.

Mühlberg. Ein Kollege, davon nicht verheiratet, sind bis heute noch nicht eingestellt. Die Kollegen werden gebeten, davon Kenntnis zu nehmen. Die Ortsverwaltung.

Mühlertal. Die Steinarbeiter Erhard Küpper, Fritz Meinel, J. Döwerner und Joseph Diener werden ersucht, ihren Verpflichtungen Unterzeichnung gegenüber sofort nachzukommen. Ludwig Fuder.

Heilbronn. August Nester aus Bödingen, Marmorhauer, wo bist du? Dein Vater ist gestorben; Deine Mutter sucht dich. Fr. Pögele, Steinweg, Heilbronn.

Jannowitz (Miesengeb.). Der Steinweg Kuborsky Gang soll sofort seine Adresse an Unterzeichnung einreichen. Rudolf Scholz, Kupferberg.

Namen. Ersuche die Vertrauensleute um die Adressen der Kollegen Max Raier, B.-Nr. 42907, und Paul Grütner, B.-Nr. 7351.

Emil Menckner, Kassierer, Wiesa (Bez. Dresden), Nr. 48. Leipzig. Wir ersuchen um schnelle Angabe der Adresse des Steinweges Otto Klengler, geb. zu Dresden am 18. März 1886. Der Verbandsvorstand.

Magen. Der Vorsitzende der Zahlstelle Kupferdreh ließ kürzlich die Notiz veröffentlichen, daß Kollege Karl Müller (Magen) das Verbandsbuch des Matthias Polch mitgenommen hätte. Daran ist nun kein Wort wahr, denn Polch hat sein Buch zu Hause wieder gefunden. Wie man von Kupferdreh eine solche Nachricht verbreiten konnte, ist mir unerklärlich. Jakob Braun, Vorsitzender.

Neufach. Da das Schreiben des Max Kandler, geb. zu Deggenbors, das in unserer Zeitung schon einmal veröffentlicht wurde, kein Ende nimmt, sehen wir uns veranlaßt, dasselbe noch einmal zu veröffentlichen. In Neufach schuldet er unserm Verbandsrat einen ziemlich beträchtlichen Betrag. Auch wo er zuletzt gewohnt hat, ging er mit dem Postgeld durch. Wir ersuchen die Vertrauensleute aller Orte, den Wagabunden bei Auftauchen der Polizei zu übergeben. Die Ortsverwaltung.

Obermendig. Der Steinweg Anton Bröck, Eitringen, möchte seine Adresse an Peter Bröck, Eitringen, zwecks Familienangelegenheit einreichen. Joseph Urmerbach, Kassierer.

St. Amarin (Ob.-S.). Hans Dreihelpt, wo stehst du? Es sucht dich dein Bruder Joseph Döhl, Steinhauer.

Mindach. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß die Zahlstelle ein Ortsgeheimnis von 150 Mk. auszahlt, und zwar im Lokale Otto Perl in Schlag. Die Ortsverwaltung.

Legenau. Kollege Otto Hermann mag bei der Lokalmitteln gegenüber sofort seinen Verpflichtungen nachkommen. Die Ortsverwaltung.

### Adressen-Veränderungen.

Bad Dürkheim. Kass.: Gg. Heidemann, Restauration zur Sonne, Gaustraße 7.

Deßau. Kass.: Ernst Colefi.

## Anzeigen

Neuheit für Steinmetzen!

# Stockhammer

mit auswechselbaren Zahnflächen.

„Jba“-Stockhammer.

Prospekte gratis.

## Albert Baumann

Aue (Erzgeb. 107).

Härtwerk und Werkzeugfabrik.



# Schürzen

Gausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Wadflur-Hosen in eigener Anfertigung.

empfehlen preiswert

## Emil Keidel

Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, Bartelsstraße 93.

# Achtung, Steinarbeiter!

Empfehle den werten Kollegen und Genossen meine selbstgestrickten

## Steinmetzhemden und Unterhosen

zu billigsten Preisen.

Anton Richter, Strickerel, Gelonau (Erzgeb.).

(Mitglied des Textilarbeiter-Verbandes.)

Ich versende nach allen Orten: **1a Steinmetzhobelstahl**, per Kilo 1.40, bei 25 Kilo 80 g. — **Echte Lehbach'sche Steinmetzbleistifte**: mit □ Hartblei, per Gros 2.25 A, bei 10 Gros 1.90 A; mit □ Hartblei, per Gros 2.25 A, bei 10 Gros 2.10 A; mit □ extra Hartblei, ca. 40 cm lang, per Gros 7 A, bei 5 Gros 6.50 A. **1a Steinmetzbesen von Lokos**, p. Dugend 4.25 A. **1a Buchsbaum-Klaatsche** mit extra tiefen Ragen, per Dugend 4.25 A.

## Walter Kluth, Dresden-A. 16.

# Gestrickte Herren-, Damen- u. Kinderhemden

## Unterhosen, Leinchen, Reformhosen

fertigt seit 20 Jahren und empfiehlt selbige zum billigsten Preis

## Christian Diesel

Strickerei, Weiss- und Wollwaren-Geschäft

Jonsdorf b. Zittau (Sa.).

# Geschäfts-Verkauf.

Wegen Aufgabe des Geschäftes verkaufe ich mein seit Jahren bestehendes, gutgehendes Grabstein- und Bildhauer-Geschäft mit neuerbautem Wohnhaus, 60 Ruten Lagerplatz und Hofraum, mit oder ohne Lager. Selbiges kann auch ohne Wohnhaus übernommen werden.

Martin Klein, Rosbach a. d. Sieg.

Häselich (Sachsen). Kass.: Albin Lechritz, Häselich Nr. 48. Jannowitz (Miesengeb.). Kass.: Leberecht Elger. Reiten (Saxrischer Wald). Kass.: Alois Kain. Müllersb. Kass.: Joh. Köth. Neufach. Kass.: Kilian King, Kupferwald (Amt Bühl). Kass.: Peter Lehnerer, Kappelwald (Amt Bühl). Kottbus. Kass.: C. Köhler, Kaiserstraße 28. Schreierberg. Kass.: Max Großkopf. Legenau. Kass.: Andreas Meier. Zwickau. Kass.: Paul Poller, Glaugauer Straße 68, III.

## Verammlungskalender.

### Mitglieder-Versammlungen

Mittweida: 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

Roth: 18. Juli, abends 1/2 9 Uhr, bei Witwe Hofelner.

Winterhausen: 19. Juli, nachmittags 1/2 3 Uhr, im „Söwen Kappelrodeck“.

19. Juli, nachmittags 2 1/2 Uhr, im „Rebstock“.

Ebelsbach: 20. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der „Gutbergwarte“.

Oberpellan: 23. Juli, nachmittags 1/2 3 Uhr, bei Karfunte.

## Briefkasten.

H. Der Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin ist 40 mal überbrückt. Aus Eisenbeton sind zwei Brücken hergestellt; die übrigen Brücken sind vorwiegend aus Eisen. Die zweite Frage können wir auch nicht beantworten. — Steinweg in P. Jeder Arbeiter gibt vor sein besonderes Geheimnis zu haben. Das Härten der Hartgelmenswerkzeuge muß eben auch verstanden sein. — S. Gewiß läßt sich daraus etwas machen. Aber warum denn die Sache so langwierig behandeln. In der Kürze liegt die Würze. — Streithausel ist natürlich zulässig. § 2220 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches besagt wörtlich: „Ein Minderjähriger kann ein Testament erst errichten, wenn er das 16. Lebensjahr vollendet hat.“ Bemühe dich um einen Notar. — L. in G. Die Rechtsverhältnisse der hiesigen Arbeiterauschüsse sind geregelt in den §§ 184 b Abs. 3, 184 f, 184 g, 187 a Abs. 3, 139 Abs. 3 der Gewerbeordnung. — 1425. Wird gelegentlich besorgt. Für Deinen trefflichen Hinweis besten Dank. — Potsdam, B. Für Bildungszwecke ist die Reise zu empfehlen. Wir der finanziellen Sache hapert's aber. Schreibe uns noch einmal. — B. Dein Prozeß wird glatt verloren. Das Gericht muß sich an das Bürgerliche Gesetzbuch halten. Warum denn soviel Geld für die Advokaten hinauswerfen.

Die Einzelzahler haben bei der nächsten Geldsendung das Mitgliedsbuch bzw. die Interimskarte mit an die Zentralverwaltung einzufenden.

## Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich erkundigen.

# Je 15 bis 20 Steinmetzen

## und Pflasterstein-Bossierer

stellen sofort ein

## Granitsteinbrüche Ruhebanke, G. m. b. H.

Sabnitz (Sachsen).

# Tüchtige Sand Schleifer

für dauernde Arbeit sucht

Granitindustrie Carl Feinig, Rostock (Mecklenburg).

# Tüchtige Sand Schleifer

für Granit und Gneis finden lohnende Beschäftigung gegen Bezahlung nach dem Fichtelgebirgsstarif.

Fichtelgebirgs-Granitwerke Künzel, Schiedler & Comp. Schwarzenbach a. Saale.

# Tüchtige Hand- und Maschinenschleifer

für Granit bei hohem Stundenlohn gesucht.

Plettner & Bruhn, Granit- und Marmorwerk, Lübeck.

# Einige Steinmetzen

für Sandstein-Bauarbeit stellt ein

Th. Kohlhardt, Dessau.

# Zwei tüchtige Spalter

können sofort eintreten.

Martin Peter, Porphyrtwert, Barnhilt b. Baden-Baden.

# Danksagung.

Herzlichen Dank dem Verband und allen werten Kollegen meines Mannes im Rulmiz-Werk zu Häselich (Kreis Striegau) für die reichliche Unterstützung, die mir bis jetzt während der Krankheit meines Mannes zuteil wurde. Ich wünsche nur, daß recht viele Arbeiter dem Verband beitreten, denn wenn fast alle Hilfe verweigert, tritt die Arbeiterschaft helfend ein, also nochmals herzlichsten Dank.

Frau Poyer, Rohnstock.

# Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Kenntnis eingelangt sind.)

In Berlin am 5. Juli der Sandsteinweg Edmund Häsel, 51 Jahre alt, an Kehlkopf- und Lungenentzündung.

In Häselich der Granitarbeiter Richard Wesand, 35 Jahre alt, an Lungenentzündung.

In Striegau am 2. Juli der Granitarbeiter Johann Hammerst, 64 Jahre alt, an einem Magenleiden.

In Striegau am 2. Juli der Granitarbeiter Heinrich Seppner, 39 Jahre alt, an Blinddarmentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Standinger, Leipziger-Verlag von Paul Starke in Leipzig.

Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengesellschaft.